

Monatshefte:
Monatlich 65 Pfg. ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post be-
zogen bei Selbstabholung viertel-
jährlich Mark 2.10, monatlich
70 Pfg. — Erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Telegraphen-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt a. M.“
Telephon-Anschluß:
Wirt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Insertate:
Die 6 gespaltene Zeitspalte kostet
16 Pfg., bei Wiederholung Rabatt
nach Tarif. Insertate für die tägliche
Nummer müssen bis abends 8 Uhr
in der Expedition Wiesbaden
abgegeben sein. Schluß der In-
sertatenannahme in Frankfurt
am Main vormittags 9 Uhr.

Postfachkonto 520.
Uniondruckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht Volksstimme adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. Max
Quarck, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weststr. 49 Wiesbaden Expedition: Reichstraße 9
Telephon 1026. Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nr. 172.

Montag den 27. Juli 1914.

25. Jahrgang.

Für den Völkerfrieden!

Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaisete Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Berurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegsbeher. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkrieg der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen

den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewußten Proletariats

zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen Euch als Kanonensfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!

Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

In Frankfurt veranstaltet unsere Partei am Dienstagabend drei Protestversammlungen gegen den Krieg, in den Kreisen Hanau, Höchst, Wiesbaden und Offenbach finden ähnliche Kundgebungen statt.

Feuilleton.

Zug Nr. 17.

Roman von Jules Claretie.
Einzig berechtigte Uebersetzung von Artur Roehl.
(Nachdruck verboten.)

„Und das haben Sie getan?“ meinte Martial, bleich vor Erregung, und blickte dabei Kenwell mit seinen großen ehrlichen Augen an.

„Nun, durfte ich denn zwei abwesende Menschen, die ich kenne, so beschimpfen lassen?“ versetzte Kenwell.

„O, wäre ich dagewesen — wenn ich dem Menschen begegnete...“

„Nicht doch! Keinen Groß!“ meinte der Engländer. „Er hat seine Strafe erhalten. Mag's damit genug sein! Bedenken Sie doch, daß man dieses Geschöpf für seine Boshaftigkeit kaum verantwortlich zu machen vermag. Können Sie sich eine andere, als eine gemeine Seele in dieser unheimlichen Körperhülle denken? Nun Sie daher lieber, als wäre gar nichts vorgefallen.“

„Gut,“ antwortete Martial; „indes gestatten Sie mir, Ihnen aus tiefstem Herzen zu danken für das, was Sie für mich — und auch für Sie getan haben,“ setzte er etwas verlegen hinzu.

Auf Kenwells zusammengekniffenen Lippen schwebte ein leicht bitteres Lächeln.

„Bah,“ sagte er, „hätten Sie nicht das gleiche für mich getan, wenn jemand zu Ihnen gesagt, Lauriane wäre meine Geliebte?“

Richard hielt, fast erschreckt vor der plötzlichen Veränderung der Züge Martials, der mit erdbalem Gesicht und mit Tränen im Auge zu lächeln versuchte, schnell inne.

„Verzeihung für diese Annahme,“ fügte er rasch hinzu. „Sie wissen ja selbst, daß dies unmöglich wäre und daß Fräulein Lauriane mich nie lieben könnte, einfach, weil sie Sie liebt.“

„Nicht?“ fragte Martial.

„Alle Wetter, und das sehen Sie nicht? Gewiß liebt sie Sie, und sie tut recht, Sie zu lieben. Sie sind ein Mann, dem man gerade Auge ins Auge und bis in die Seele hineinsehen kann, die, man fühlt es, keinerlei Falsch zu bergen vermag. Und das kann man nicht von jedermann sagen. Daher konnte ich denn auch schon längst das Geheimnis, das gestern Meister Mische, es in seiner schmutzigen Weise entstellend, aller Welt offenbart hat. Ich hatte es in Ihren Blicken, in Ihrem ganzen Wesen zu Fräulein Lauriane gelesen. Darum lieben Sie sie, beten Sie sie an,“ fuhr Kenwell in aufgeregtem Tone fort. „Glauben Sie mir, es lohnt sich der Mühe, Herr Hebert! Weiß Gott, lieber Freund, wäre ich nicht so alt, so abgelebt und bloßiert, meiner Tren, ich würde sie ebenso lieben wie Sie, ich hätte Ihnen dieses Weib streitig gemacht! Aber so —? Veruhigen Sie sich! Wenn auch ich sie wirklich gern hätte, so würde ich in ihr doch nicht sie selbst, sondern nur eine andere lieben. Nicht wahr, Herr Hebert, gestehen Sie nur ein, Sie halten mich für verrückt? Aber mögen Sie es nimmer mehr als ich sein! Und glauben Sie mir, meine Verrücktheit ist begründet wie ein mathematischer Lehrsatz.“

Dabei lachte er mit jenem trockenen, grausamen Lachen, das dem Publikum so ungeheuren Spas machte, wenn er es bei seinen Vödsprüngen ausließ, und Martial blickte ihn mit vollkommenem Herzen erschüttert und verwirrt groß an.

„Ei was!“ fuhr Kenwell fort, „wozu meine Verrücktheit zu verteidigen suchen! Ist es nicht wirklich Wahnsinn, jemanden lieben zu wollen, der einen betrogen, hintergangen und ausgelacht hat! Welch ein Unverstand, überhaupt noch an dieses verkommenes Geschöpf zu denken! Und nun gar es beweinen und seine Züge auf einem anderen Gesicht wiederfinden zu wollen!“

Martial empfand vor diesen Geständnissen des Clowns ein unbeschreibbares Gefühl des Mitleids und der Bestürzung; es drängte ihn, das ihm peinliche Thema abzubrechen, und zog ihn der Schmerzenerregung dieses Mannes mit jener Art von Magnetismus, den alle Abgründe besitzen, wieder an.

„Und die Frau, von der Sie sprechen, hätte Lauriane ähnlich gesehen?“ fragte er Kenwell.

„Wie zwei Münzen von einer Prägung sich ähneln,“ entgegnete der Clown, „nur war die meine von Kupfer gewesen und hoffentlich wird die Ihre von Gold sein.“

„O, können Sie daran zweifeln, Herr Kenwell?“

„Zweifeln? Zweifeln an was?“ fiel Kenwell schnell ein. „An Lauriane? Nein, nein, sie ist das ehrbarste Mädchen der Welt, und ich zweifle daran so wenig, daß ich dem, der sie in seinen Schmutz zu ziehen suchte, an die Kehle gesprungen. Ueberhaupt zweifle ich an nichts, an nichts, Herr Hebert,“ fuhr er plötzlich mit krampfhaften Bewegungen und ironischem Gelächter fort, „ich glaube an alles, hören Sie, an alles und an jede Möglichkeit! Ist nicht der Sohn eines Sheriff Kenwell Hanswurst in der Elton-Truppe geworden, nur weil ein Weib einem anderen gleicht? Ja, ja, glauben Sie mir, in dieser Welt ist alles, alles möglich. Und wenn morgen die Sonne wie eine Lampe ohne Öl verlösche, so würde ich mich ebenso wenig wie über einen Platzregen wundern.“

Dann fuhr er, von seiner Verbitterung hingerissen, wie wenn er zu sich allein spräche, die Augen gleichsam auf etwas für Martial Unsichtbares geheftet, das er selbst aber zu sehen schien, indem er seinen roten Kopf schüttelte und sich den Schädel mit seinen knöchigen Händen schlug, in seiner düsteren Weise so fort:

„Ach, ich Narr, der ich war! Ein Frauenzimmer zu lieben, das, wer weiß es, vielleicht als Kind in den Straßen Edinburghs gebettelt, und das sich, kaum halb erwachsen, sicher schon mit den Matrosen des Hafens mit dem Auswurf der Menschheit umhergetrieben hatte, ein solches Weib, eine Figurantin zu lieben, die sich nackt in einem Aneipentheater ausstellte, und gar noch an die Gegenliebe eines solchen Geschöpfes zu glauben! Welch Narr warst du, Kenwell! Welch ein Wahnsinn, überhaupt an Liebe zu glauben. Eine Mutter liebt, die Eltern lieben — ja wohl! Man sagt auch, daß die Kinder lieben. Aber Frauen! — Heuchelei, Lug und Trug! — — —“

„Und Lauriane,“ wiederholte Martial mit Schrecken, „sollte diesem Weibe ähneln?“

„Herr Hebert,“ versetzte Kenwell, „wenn der Schein im Leben so trügt, daß man eine feile Kreatur für einen Engel

Protest des österreichischen Proletariats.

Arbeiter, Parteigenossen!

In furchtbar ernster Zeit richten wir, Parteigenossen, heute das Wort an Euch! Die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien rückt in immer unheimlicherer Nähe, und bevor der Tag um ist, an dem Euch unser Wort erreicht, kann der Krieg schon ausgebrochen sein! Die österreichisch-ungarische Regierung hat in Belgrad ein Ultimatum überreichen lassen, ein letztes Wort, das an diesem Samstag um 6 Uhr abends seine Erfüllung finden muß, wenn die blutige Entscheidung durch die todbringenden Waffen vermieden werden soll. An einem dünnen Faden hängt die Erhaltung des Friedens, und wenn der Faden reißt, wenn Serbien die Bedingungen, die ihm Österreich-Ungarn diktiert, nicht hinnimmt und annimmt, so ist der Krieg da, der Krieg mit Schrecken und Jammer, mit dem Leid und Kummer, die er im Gefolge hat! Und da es vorzugsweise die breiten Massen sind, die seine furchtbaren Lasten tragen, so ist die Entscheidung, die sich nun vorbereitet, der **Einsatz an Gut und Blut des Volkes!**

Mühte es so kommen? Auch wir Sozialdemokraten, die Vertreter des werktätig schaffenden Volkes, verschließen unser Auge nicht vor dem schweren Unrecht, das die serbischen Machthaber an Österreich begangen haben. Wie wir, aus unseren prinzipiellen Anschauungen heraus, die schändlichen Gewalttaten zurückweisen, die Mordtat von Sarajewo verurteilen, so verurteilen wir auch alle die, die an ihr Mitschuld tragen. Wir erkennen an, daß Österreich-Ungarn im Rechte ist, wenn es von der serbischen Regierung die strafgerichtliche Verfolgung der Mitschuldigen begehrt; wir verstehen, daß Österreich-Ungarn von Serbien Bürgschaften verlangt, daß dem unterirdischen Wühlen gegen die Sicherheit und Ruhe des österreichischen Staatenverbandes Einhalt getan werde, daß mit der fördernden Duldung, die die Machthaber in Serbien dieser Loslösungsbewegung entgegenbrachten, gebrochen werde. Aber wir sind überzeugt, daß die serbische Regierung diesen Forderungen Österreich-Ungarns, die durch das Völkerrecht sanktioniert sind, keinen Widerstand hätte entgegensetzen können, keinen Widerstand auch entgegengekehrt hätte. Wir sind überzeugt, daß für alles, was Österreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung **im Frieden**

zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Grobmadt zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Masse, erklären es als die Vertretung der deutschen Arbeiter in Österreich, daß wir

für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen können, daß wir für ihn und für alles, was aus ihm an furchtbarsten Folgen entweichen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, erforschen, unterstützt und gefördert haben.

Zu dieser Feststellung und Erklärung sind wir um so mehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker in Österreich seit vielen Monaten ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt sind und der Tribüne entbehren, von der aus sie ihren Willen künden könnten. Angesichts der Gefahr eines Krieges, der von allen Angehörigen des Staates die volle Hingabe von Gut und Blut in Anspruch nimmt, erscheint die

planmäßige Vergewaltigung des Volkswillens,

wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender! Wie, es sollte nicht jeden aufrechten Mann in diesem Staate erbittern, daß sich selbst in diesem Schicksalsaugenblicke, da uns ein Ringen auf Tod und Leben droht — denn wer kann es ermessen, was dem Kriege mit Serbien noch alles nachfolgt! — der Absolutismus einer

zu halten vermag, warum soll da nicht ein Mädchen, das zufällig mit ihren unehelichen Tugenden dem scheinheiligen Gesicht einer Verkommenen ähnelt, die allerbravste ihres Geschlechts sein? Am Ende muß aber jeder etwas in dieser großen Lotterie des Lebens wagen; mein Freund, Sie wissen,“ schloß Kentwell, „die einen gewinnen und die anderen müssen verlieren. Ich für meinen Teil — ich habe verloren. Mögen Sie mehr Glück haben als ich.“

Damit grüßte der Clown den jungen Mann artig, wendete ihm, von einem plötzlichen Gelächter nach Einsamkeit überkommen, den Rücken und ließ Martial Hebert so verduht, als wäre ihm ein Komet vor die Nase gefallen, stehen. In der gebrochenen Stimme und in der Bitterkeit Kentwells hatte ein so tiefer, unerkennbar wahrer Schmerz gelegen, daß auch Martial instinktmäßig von einer Art Furcht vor dieser ihm unbekannten Kreatur, dem Weibe, ergriffen wurde.

Wie, wenn die Worte Richards eine Warnung für ihn wären? fragte er sich mit dem eigentümlichen Aberglauben, den der Blick in eine dunkle Zukunft gebiert. Welch ein seltsamer Zufall führte ihm den Mann mit dem blutenden Herzen gerade zu einer Stunde entgegen, da er eigenmächtig in sein Schicksal eingzugreifen gedachte? Wie kam es, daß Etienne Hamelin, an dessen Freundschaft er nicht zweifeln durfte, fast dieselben Worte wie dieser Clown zu ihm gesagt? Und was sollte er tun? Sollte er fliehen? Mit Gewalt die Stimme seines Herzens unterdrücken? Wah, welch ein Wahnsinn! Welche Gefahr konnte ihm die Ehe wohl bringen? Keine, keine! Die einzige, die allereinzige Gefahr, die über seinem Haupte schwebte, war die, daß Lauriane die Hand ausschlug, die er ihr zu reichen bereit war!

„Sobald ich Führer sein werde,“ sagte sich der Geizer, sobald ich Führer sein werde, und dies kann nicht mehr lange ausbleiben, bekomme ich zweitausendvierhundert Franken Gehalt. Was wird eine Frau bei mir dann auszuweisen haben?“

Ja, aber auch dieses Avancement würde nicht das Ziel seines Ehrgeizes sein. Er hatte ganz andere Pläne für sein Leben und würde es um sie, um ihr eine schöne Zukunft zu bereiten, nicht an Mut und nicht an Schaffensdrang fehlen lassen!

volksfremden Bürokratenregierung breitmachen darf und alles unterlassen wird, was die Völker in Österreich einander näher bringt und ihnen die Möglichkeit gemeinsamer, schöpferischer Arbeit im Dienste des Volkswohls bietet! Blickt doch auf Ungarn und vergleicht die Achtung vor dem Parlament, die dort geübt wird mit dem geringschätzenden Sohn, der in Österreich der Vertretung des Volkes gewidmet wird! Deshalb erheben wir, die gewählten Abgeordneten des österreichischen Proletariats, in diesem Augenblicke des schwersten Ernstes unsere Stimme feierlich zum Protest! Wir protestieren gegen ein Regierungssystem, das keine Achtung vor den grundsätzlich verbürgten Rechten des Volkes hat; wir protestieren gegen eine Regierungstätigkeit, die die Nationen mit Unmut, das Volk mit Verzweiflung erfüllt! Mit dem stärksten Nachdruck erheben wir die Forderung, daß auch dem Volke gegeben werde, was dem Volke gehört, daß die verfassungswidrige, staatsverwühlende und volkschädliche Herrschaft der Regierung stürzt, die Gesetz und Verfassung zu Boden tritt, ein Ende nehme!

Wir wollen

ein freies, fortschreitendes Österreich,

das sich aufbaut auf der Selbstregierung aller Nationen in diesem Staate, das allen die Möglichkeit kultureller Entwicklung bietet; wir wollen ein Österreich, das wirklich ein **freier Völker** ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Staat in unserer Zeit nur in Freiheit gedeihen, nur durch Gerechtigkeit bestehen kann. Und als die Vertreter der Enterbten dieser Gesellschaftsordnung streben wir nach einem Staatswesen, das dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse, auf den die Hoffnung dieser Welt sich gründet, durch soziale und kulturelle Reformen zu Hilfe kommt; vertreten wir den demokratischen Fortschritt auf allen Gebieten, weil durch ihn diesem Nationalitätenstaat Bestand und Festigkeit verliehen wird. Wir fühlen es tief, wie die aufbauende und festigende Kraft der demokratischen Entfaltung durch jede Störung des Friedens aufs tiefste erschüttert wird. Wir wissen, wie entsetzlich groß durch die so lange andauernde wirtschaftliche Krise die Not gestiegen ist; wir wissen, in welche weiten Schichten das Elend sich niedergelassen hat; wir wissen, in welcher düsteren Lage sich die breiten Massen des Volkes befinden und welche verzweifelte Stimmung sich ihrer bemächtigt hat. Darum erheben wir unsere Stimme laut zur Warnung, rufen an zur Besonnenheit, zur gewissenhaften Erwägung aller Notwendigkeiten, die aus den Lebensbedürfnissen der Völker entspringen!

Dem Volke ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalsschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden:

Der Friede ist das kostbarste Gut des Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker!

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, haben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollten. Wir wissen uns darin einig mit den Klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens, und feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode!

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Österreich.

Gegen den Kriegstaumel.

Die bürgerliche Presse hat alle Ueberlegung verloren. In ihren Spalten und in ihren Schaufenstern jagt eine Sensationsnachricht die andere, und in Extrablättern mit aufgebauten Nachrichten wird das Menschenmögliche geleistet. Es sieht aus, als sollte die fortgeschrittene Technik des Nach-

und nachdem er sich so eine Weile lang in aller Wirklichkeit von den bitteren Geständnissen Kentwells hatte einschließen lassen, empfand er jetzt plötzlich die unüberwindliche Versuchung, aus der schiefen Lage, in der er sich dem jungen Mädchen gegenüber befand, herauszutreten.

Wie? Er, der Lauriane wie eine Heilige anbetete, der zu ihr nur mit ergebener Hochachtung sprach, er war daran schuld, daß ein erbärmlicher Wicht, wie dieser Mische, sie eine Dirne zu nennen gewagt, er, der sich ihr nur mit Befangenheit nahte, hatte sie in den Augen dieser böswilligen Menschen, die überall Schlechtigkeiten wittern, kompromittiert. Und er sollte, ohne die Verleumdung zu erschweren, nicht einmal das Recht besitzen, sie verteidigen zu dürfen? Man hatte sich erdreistet, Lauriane eine Maitresse zu nennen!

(Fortsetzung folgt.)

Bücher und Schriften.

= Der in seinem 39. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1915 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: **Kalendarius**. — **Vollständiges**. — **Wachstumsmerkmale**. — **Statistisches**. — **Rückblick**. — **Reisen und Märkte**. — **Im Kreislauf des Jahres**. — **August Bebel** (mit Illustration). — **Unsere Toten** (mit Porträts). — **Die Kinder**. Erzählung von Clara Viebig (mit Illustrationen). — **Die Wirkungen des Sports auf den menschlichen Organismus**. Von Curt Viging (mit Zeichnungen). — **Gefinde und Herrschaft**. Von Ida Baar (mit Illustrationen). — **O stürmt nur, stürmt ihr Fragen**. Gedicht von R. Seidel. — **Die Hungerfischerei**. Gedicht von Scabola. — **Unsere Bilder**. — **Alzu scharf macht schartig!** Eine lustige Geschichte von Emil Unger (mit Illustration). — **Der Panamakanal**. Von Hermann Wendel (mit Illustrationen). **Gut! dich, Sklave!** Gedicht von Adolf Wähe. — **Die Kultur der Arbeit und ihre Stätten**. Von Hugo Hilg (mit Illustrationen). — **Der alte Landstreicher**. Erzählung von Paul Tietel (mit Illustrationen). — **Es leimt die Saat!** Gedicht von Fritz Droop. — **Fliegende Wälder**. — **Die Stiefel von Nr. 13**. — **Vollkalender-Prophezeiungen**. Von Adolf Glashöfner. — **Für unsere Mädel**. — **Hierzu vier Bilder**: Holländische Wohnstube. — **Fischerboote**. — **Ruhe auf der Weide**. — **Winter**. — **Außerdem**: Ein **Kunstblatt** (Wildnis Bebel). — **Ein Wandkalender**.

Die Antenne. Herausgegeben von Dr. Erich F. Guth. — Kommissionsverlag Dr. A. Runtzsch, Berlin S.O. 30. Vom Jahrgang 1914 sind zwei Hefte 1 und 2 zugegangen, in denen besonders die Artikel über neue Erfindungen und Patente auf dem Gebiete der drahtlosen Nachrichtenübermittlung von Bedeutung sind.

richten- und Zeitungsdienstes die Menschheit nicht klarer und unterrichteter machen, sondern toller und aufgeregter. Da gilt es laut und entschieden die Stimme zu erheben und zu ruhiger Ueberlegung zu rufen. Die organisierte deutsche Arbeiterschaft und ihre Presse müssen vorbildlich sein in dem Ernst und der unerschütterlichen Entschlossenheit, mit der sie dem nervösen Kriegstaumel gegenüberstehen.

Vor allem haben sie nichts zu tun mit den lärmenden Straßenszenen, zu denen die bekannten Elemente die furchtbare Kriegsgefahr am Samstagabend in Wien, Berlin und anderswo auszuspielen versuchten. Da handelt es sich, wie selbst die bürgerliche Presse zugibt, um allezeit lärmberbere Studenten und junge Kaufleute, die mit den übrigen Elementen der Straße schnell eine „Kundgebung“ zusammenbringen und vor den Staatsgebäuden in billige Hoch- und Kriegsrufe ausbrechen. Würden sie im selben Augenblick selbst in den Krieg geschickt, so machten sie andere Gesichter. Es sind die Angehörigen des ewig schwankenden kleinen Mittelstandes, dieselben, mit denen der unsichere Liberalismus seine Wahlen schlägt, die das Gros dieser gedankenlosen Schreier bilden; die denkende Arbeiterschaft und die Intelligenz aus dem Bürgertum beteiligt sich nicht an dem Spektakel, und die Österreicher sollen ihn deshalb so niedrig wie möglich einschätzen. Statt dessen hat in Berlin der Vorkämpfer einmal, und in München der österreichische Gesandte sogar mehrere Male hintereinander der lärmenden Menge geantwortet und gedankt. Die Herren täuschen sich gründlich über die Bedeutung solcher Kundgebungen. In der Nacht nach der Reichstagswahl von 1907 waren dieselben Deutschen auf der Straße und man sprach sogar aus dem Berliner Schloß zu ihnen über die „niedergerittene“ Sozialdemokratie. Heute läßt man sich nicht mehr gern an die Geschichte erinnern, weil die „Niedergerittenen“ fester und gewappneter als jemals im Sattel sitzen. Das sollten sich die Österreicher und die Serbenfresser zur Mahnung dienen lassen. Daß die sonst so demonstrationsfeindliche Polizei den Spektakel ruhig duldet, ist auch gerade keine Empfehlung für ihn. Sie weiß, daß er den heutigen Machthabern, den Junkern und den scharfmacherischen Kriegslieferanten dient.

Wir rücken deshalb weitab von diesem befinnungslosen Kriegsgeheul und die gesamte Arbeiterschaft wie das intelligente Bürgertum mit uns. Schon schrecken die Spuren der Kriegsgeheul, die fühlbar werden, ehe noch der Krieg ausgebrochen ist. In Österreich ist bereits die ganze bürgerliche Verfassung, das Parlament, die Press- und Versammlungsfreiheit aufgehoben und durch die Kriegsdiktatur ersetzt. Die Zunkerreaktion kann ihre ausschweifendsten Gelüste freispielen. Selbst den Abgeordneten der österreichischen Sozialdemokratie wird die freie Meinungsäußerung beschränkt. In ihrem Aufruf an die Arbeiter sind von der Justizbehörde gerade diejenigen Stellen konfisziert und unterdrückt, die gegen die Ausschaltung des Parlaments, gegen die Mißachtung der grundsätzlich verbürgten Rechte des Volkes protestieren. Gibt das nicht sehr zu denken? In dem Lande, das den Anfang mit dem frevelhaften Schwingen der Kriegsfackel zu einer Zeit gemacht hat, in der noch sehr gut eine friedliche Erledigung der Differenzen mit Serbien möglich war, herrscht also bereits die schlimmste Willkür der Bürokratie und des Militärs. Würde es in Deutschland anders sein, wenn wir es auch hier soweit kommen lassen? Die Kreise, die uns haben mit dem Randurenkeller für friedliche Bürger beschert haben, die Arbeiterfeinde und die Gaffer jeder freien Volksbewegung bekamen Obervasser. Schon ergeben sich die konservativen wie die liberalen Blätter der Reichshauptstadt in giftigen Denunziationen gegen unsere durchaus gefeiert und verfassungsmäßigen Friedenskundgebungen. Was würden wir zu erdulden haben, wenn das Kriegsgeheul Erfolg hätte? Namenlose Unterdrückung und furchtbare Polizei- und Säbelherrschaft auch im Innern weit über dasjenige hinaus, was wir heute schon unter der preussischen Dreiklassenmacherei ertragen mußten. Dann würden auch die Elemente, die sich heute im Blutrand nicht genug tun können, gar bald nuchtern werden. Nicht nach dem Krieg haben wir in Deutschland zu rufen, sondern nach

der Einberufung des deutschen Reichstags!

In solchen schicksalsschwangeren Stunden soll die Reichsleitung beraten sein von der Vertretung des ganzen Volkes. Sie soll nichts beginnen und erklären, ohne diejenigen zu hören, die Blut und Gut für jeden Schritt der Regierung einsetzen müssen. Wenn das Dasein der deutschen Volksvertretung einen Sinn haben soll, so muß sie vereint sein und mitsprechen in einer Stunde, in der über die Schicksale der schaffenden Massen in Stadt und Land entschieden wird.

Kämpft also mutig gegen den Kriegskauf. Genossen in Stadt und Land, Arbeiter und Bürger! Fordert mit uns die Einberufung der deutschen Volksvertretung! Blickt auf die Führer der sozialistischen Friedensbewegung, die sich ihrer Kulturverantwortlichkeit bewußt sind und bleiben und sie betätigen werden in den Verschlüssen, die das internationale Bureau am 29. Juli in Brüssel zu fassen haben wird. Dort reichen sich die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft von ganz Europa die Hände und besiegeln in diesen kritischen Zeiten, in denen Spekulation und Profitstucht mit Völkerschicksalen spielen wollen, den Bund der werkschaffenden Arbeit durch unerschrockenes Eintreten für die Kultur des Friedens gegen die Kriegsgeheul.

Nieder mit dem Kriegsgeheul!

Zwischen Krieg und Frieden.

Von den zahllosen Gerüchten und Alarmnachrichten, die im Laufe des heutigen Vormittags eintrafen, hielten nur folgende sachliche Mitteilungen einer gewissenhaften Prüfung stand:

Die serbische Antwortnote.

Die Pariser „Liberte“ will bereits Einzelheiten über die noch nicht veröffentlichte Antwortnote der serbischen Regierung auf die Note der österreichischen Regierung erfahren haben. Die serbische Regierung habe sich darin bereit erklärt, die österreichischen Forderungen im Amtsblatt zu veröffentlichen, die österreichischen Propagandaverträge aufzulösen, weiter die Press- und Vereinsge-

abzuändern, die Offiziere und Staatsbeamte, die an der antioesterreichischen Propaganda teilgenommen haben, aus der Armee und den Beamten zu entfernen. Jedoch hätte die serbische Regierung einige Vorbehalte betreffend die Zulassung der österreichischen Vertreter zu der geforderten Untersuchung gemacht. Serbien habe die österreichischen Funktionen nicht ausschließen wollen, wünsche jedoch, daß deren Berufung nach dem Völkerrecht geschehe. Schließlich verlangte Serbien die Verlegung des Konflikts vor das Haager Schiedsgericht oder die Vermittlung der Mächte.

Die österreichische Mobilisierung.

Durch kaiserliche Verordnung wird nicht nur eine teilweise Mobilisierung der Armee, sondern auch eine teilweise Aufbietung des Landsturmes angeordnet. Dem serbischen Gesandten Jovanowitsch wurde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mitgeteilt und die Pässe wurden ihm zugestellt.

Oesterreichischer Hohn.

Der auf der Heimreise aus dem Bad befindliche serbische Oberkommandant General Putnik war in Budapest auf dem Bahnhof verhaftet, in das Militärkafino geleitet und dort angeblich mit aller Courtoisie empfangen worden. Inzwischen wurde, da die österreichisch-ungarische Armee von viel zu ritterlicher Gesinnung erfüllt ist, um die serbische Armee ihres Oberkommandanten berauben zu wollen, die Verlegung getroffen, daß dem General die Möglichkeit geboten wird, die Reise in die Heimat fortzusetzen. Zu diesem Zweck wurde ihm ein Extrazug mit einem Salonwagen zur Verfügung gestellt. So meldet man höhnisch aus Wien. Wenn den Oesterreichern nur ihr Hohn nicht sehr rasch vergeht!

Die ersten Flintenschüsse an der serbischen Grenze.

Bei Rebertara wurde auf einem Donauschlepper eine Kompanie Infanterie von dem serbischen Ufer aus beschossen. Die Infanterie erwiderte das Feuer, und es wurden über 100 Gewehrschüsse gewechselt. Weitere Details fehlen noch. Bei Rubin wurden von der österreichischen Behörde zwei Schiffe beschlagnahmt, die auf das Haltsignal nicht hielten und auf die österreichischen Soldaten schossen.

Ausnahmezustand in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben: Fünf kaiserliche Erlasse, Schließung des Reichsrats, der bisher nur „verlegt“ war, weil man mit dem § 14 halt viel bequemer regieren kann, Auflösung der Landtage, die den Regierungen manchmal genau so un bequem geworden sind, als der Reichsrat, Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts, an dessen Stelle wieder die vormärzliche Polizeiwilktur tritt, Aufhebung von verschiedenen „verfassungsmäßigen Garantien“, Aufhebung der Gewissensengergnisse, Aufhebung der bürgerlichen Freiheit, dessen man sich noch zu erfreuen hatte, Konfiskation der Arbeiterblätter, die ganz allein in diesen Tagen des Wutauslasses und Vorfentsamels die Stimme der Kultur und der Menschlichkeit zur Geltung bringen, das ist die Signatur vor dem Kriege. Und wenn in den im Ausland verbreiteten Telegrammen von einer begeisterten Stimmung die Rede ist, die vor allem in der Reichshauptstadt Wien herrscht, so möchten wir den Lesern solcher Nachrichten sagen: Glaubst alles in der Welt, nur das nicht. Die Stimmung in Wien ist in den Kreisen der Intelligenz ebenso wie bei den Arbeitern und bei den Geschäftsleuten eine so gedrückte und unwillige, wie vielleicht noch niemals, seit die Habsburger über Oesterreich herrschen. Die „Demonstrationszüge“, von denen da die ganze Woche über schon geredet worden ist, die bald da bald dort aufstehen und das schöne Lied von Johann in der unschönen Weise brüllen und vor dem Denkmal des Prinzen Eugen das Gelächter johlen, — bestanden fast ausschließlich aus „Pöhlern“ (d. h. berufslos, mäßig Arbeitslosen), Zuhältern, Polizeispitzeln und ähnlichen ehrenwerten Elementen, Desperados und Fiesenhobber mögen auch darunter gewesen sein, aber das arbeitende Wien denkt nur mit Schrecken und Entsetzen an die unverantwortliche Politik der Verantwortlichen und äußert nicht die mindeste Lust zu irgend welchen Sympathie Kundgebungen für seine Bedrücker. Auch den Wörseanern, die die ganze Woche über mit Schmutzeln das Steigen oder Fallen „ihrer“ Papiertchen verfolgten, ist übrigens am Samstag die Puste ausgegangen, infolge des raschen Steigens des Privatbörsekonts entstand eine solche Panik, daß die Börse geschlossen werden mußte.

Ausnahmezustand über Ungarn.

Aus Budapest meldet der „Vorwärts“: Der Ministerrat hat die sofortige Verhängung des Ausnahmezustandes über Ungarn, laut dem Gesetzartikel 68/1912, beschlossen. Die kaiserliche Zeile Ungarns werden unter vollkommene militärische Verwaltung gestellt. Als königlicher Kommissar soll hierher der frühere Minister Baron Bela von Tassien ernannt werden.

Ueber die Haltung Rußlands

widersprechen sich die Depeschen. Vermutlich herrscht in den Kreisen der russischen Regierung selbst noch keine Einigkeit. Das Londoner Reuters-Bureau berichtet, Rußland habe sich bereit, alles anzu tun, um zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien ein für beide Teile gleich befriedigendes Einvernehmen zustande zu bringen. Die Form der österreichischen Note scheint anzudeuten, daß sie etwas mehr als die Verlegung der schwebenden österreichisch-serbischen Fragen bezwecke. Rußland hoffe jedoch, daß auch jetzt noch Mittel gefunden werden, eine Beilegung zu erreichen.

Die Stimme der Vernunft aus Frankreich.

Der „Petit Parisien“, dessen offiziöse Beziehungen bekannt sind, veröffentlicht heute früh über die Lage an erster Stelle in gesperrten Lettern folgende Note: „Man kann das Publikum nicht genug vor übereilten Handlungen warnen, die nicht wieder gut zu machen sind. Zur augenblicklichen Stunde ist durchaus nicht von einem bewaffneten Konflikt die Rede, in den die Großmächte hineingezogen werden könnten. Man konnte sogar im Gegenteil gestern Abend hoffen, daß der Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien nicht die Form eines bewaffneten Konflikts annehmen würde. Wir wollen bis zur letzten Stunde auf die Geschicklichkeit der Diplomatie rechnen. Die Verhandlungen, die seit 48 Stunden geführt worden sind, sind noch nicht beendet, sondern dauern noch an. Gewiß ist die Situation sehr ernst; aber wenn man sie auch nicht mit lächerlichem Optimismus betrachten darf, so darf man sie auch andererseits nicht zu schwarz sehen. Der Optimismus würde erst gerechtfertigt sein, wenn die Regierungen ihr kaltes Blut verlieren.“

England ist vollkommen desinteressiert.

So soll die Antwort der englischen Regierung auf eine Anfrage des russischen Botschafters gelautet haben. Auch in der englischen Presse kommt das zum Ausdruck. Die meisten Londoner Blätter geben aber der Ansicht Ausdruck, daß Oesterreich-Ungarn

den Sarajewoer Mord eben nur als Vorwand benutzt, um mit Serbien ein für allemal abzurechnen und es durch überlegene Militärgewalt zu erdrücken. Der Generalanwalt Sir John Simon erklärte am Sonntagabend in einer Ansprache in Manchester, man sollte sich darüber klar werden, daß die Rolle, die England dabei spiele, von Anfang bis zu Ende nur die eines Vermittlers sein werde, der einzig und allein danach strebe, bessere und friedliche Beziehungen zu fördern.

Die rote Internationale zum Krieg.

Das internationale sozialistische Bureau wurde am Mittwoch den 29. Juli in das Volkshaus nach Brüssel einberufen. Der internationale sozialistische Kongress, der am 23. August in Wien zusammentreten sollte, wird wahrscheinlich in Bern abgehalten werden.

Die erste sozialistische Protestversammlung.

Die Landesversammlung unserer württembergischen Genossen, die seit Samstag in Eßlingen tagt, wurde nach Eintreffen der Kriegsnachricht sofort zu einer einzigen Protestkundgebung. Alle Redner forderten eine Verständigung. Genosse Hildenbrand meinte: Sollte die Mobilisierung angeordnet werden, so werde die Reichstagsfraktion Gelegenheit nehmen, ihren Standpunkt ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen zu vertreten, und wenn die Regierung an das Volk appelliere, dann werde es sich zeigen, ob das deutsche Volk für die sozialistischen Ziele gewonnen sei.

Eine Aeußerung der deutschen Regierung

lag am gestrigen Sonntag vor in Form einer offiziellen Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Sie lautet:

Die auf Grund der Untersuchung des Thronfolgemordes in Sarajewo von Oesterreich-Ungarn an Serbien gestellten Forderungen müssen gerechtfertigt erscheinen, wenn man die Begründung dieser Forderungen mit dem der Sache gebührenden Ernst würdigt. Die Beteiligung serbischer Persönlichkeiten, auch amtlicher, an der von langer Hand vorbereiteten Verschwörung gegen das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand und an Zettelungen gegen die Reichseinheit der habsburgischen Monarchie ist aufgedeckt. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich bereit erklärt, den Mächten Einsicht in das Untersuchungsmaterial zu geben, ein Beweis, daß sie von der Unanfechtbarkeit ihrer Ermittlungen und von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen überzeugt ist. Sollte wider Erwarten Serbien diese Forderungen ablehnen, so hoffen wir, daß im Gefühl des Ernstes der Lage die Regierungen der Großmächte sich sämtlich anlegen, sein lassen werden, zu verhindern, daß aus der unvermeidlichen österreichisch-serbischen Auseinandersetzung weiter um sich greifende Verwicklungen hervorgehen.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Staaten sich der Gefahr bewußt sind, die durch die verhängnisvolle, Europa in zwei Lager spaltende Bündnispolitik entstanden ist, wenn sie alle bestrebt sind, die Friedenspflicht vor die Bündnispflicht zu stellen. Das gilt für Rußland und Frankreich, es gilt aber auch für Deutschland in seinem Verhältnis zu Oesterreich.

Die Berliner Presse.

Die Presse richtet natürlich in diesem Augenblick ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Möglichkeiten, die sich aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien für das übrige Europa ergeben. Sie sieht durchweg die Situation als sehr ernst an und einmütig versichert sie Oesterreich-Ungarn, daß es Deutschland an seiner Seite finden werde, wenn der Bündnisfall gegeben sei.

So der „Berliner Lokalanzeiger“:

Sind gleich die Feindseligkeiten noch nicht eröffnet, so ist doch die Fackel des Krieges angezündet, und es bleibt lediglich die Frage, ob sie nur über die unmittelbar beteiligten Länder oder über ganz Europa ihren furchtbaren Schein werfen wird. Kein Zweifel, daß die Völker wünschen, das Feuer möge auf seinen Herd beschränkt werden; aber ebenso sicher ist es, daß sie willig, wenn es nottut, Opfer an Gut und Blut bringen und dem Entfesseln des Krieges mutig ins Auge schauen werden. Denn überall hat sich nachgerade die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß das oft gehörte Wort wahr ist: lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!

Die „Kreuzzeitung“ warnt Rußland:

Da unser Volk rücksichtslos den österreichischen Standpunkt vertritt, und da es, wie die Berliner Straßenszenen gestern Abend erkennen ließen, geradezu mit Begeisterung Oesterreichs männlichen Entschluß zur Tat begrüßt hat, so werden dadurch unserer Regierung die Entscheidungen um ein ganz Bedeutendes erleichtert werden, die ihr möglicherweise von Petersburg aufgezwungen werden können. Niemand bei uns wünscht den Krieg, aber jeder Angriff auf Oesterreich wird unversöhnlich und unweigerlich an seiner Seite finden.

Noch schärfer die „Deutsche Tageszeitung“:

Sollte Rußland sich zu einem bewaffneten Eingreifen gegen Oesterreich hinreissen lassen, so würde es damit in feibolter Weise seinen Friedensversicherungen Hohn sprechen, denn es muß sich sagen, daß es mit einem Eingreifen in die österreichisch-serbische Angelegenheit den Weltbrand entfachen würde. Das Deutsche Reich, das bisher mit all seinen Sympathien hinter Oesterreich-Ungarn gestanden hat, würde in diesem Falle in schimmernder Wehr neben den Bundesgenossen treten, und es ist zu hoffen, daß auch Italien treu seiner Bündnispflicht bei einem solchen Weltbrande neben den Verbündeten stehen würde.

Etwas zurückhaltender äußert sich das „Berliner Tageblatt“:

Wir glauben, daß es der Straßenkundgebungen nicht bedarf, um den Völkern Oesterreich-Ungarns die Ueberzeugung zu geben, daß das deutsche Volk ihnen nicht nur von Herzen eine neue Entlastung wünscht, sondern das Deutschland auch wenn die Entwicklung der Dinge eine solche Entscheidung unvermeidlich machen sollte, seine Bündnispflicht treu erfüllen würde. Alle, die solcher Pflichten eingedenk sind, ohne leichtfertig mit dem Gut und Blut der Nation zu spielen, müssen in der gegenwärtigen Situation die Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren, die am ehesten eine feste, zielsichere und umsichtige Politik ermöglichen. Es bedeutet keineswegs eine Unterstützung der österreichischen Sache, wenn in diesem Augenblick die Leidenschaften derjenigen Völker, die nicht direkt an dem Konflikt beteiligt sind, sich aneinander erzhnen und entflammen.

Am skeptischsten ist auch heute wieder die „Post“. Sie findet sogar ein paar Worte der Anerkennung für Serbien: Man mag über Serbien denken, wie immer man will, aber diese Entschiedenheit flößt unwillkürlich Achtung ein.

Mit einem nassen und einem heiteren Auge erklärt das Blatt dann, daß Deutschland natürlich marschieren müsse, wenn der Bündnisfall gegeben sei, obwohl der Anlaß nicht gebilligt werden könne:

Es ist selbstverständlich, daß wir in dem Augenblick, da der Ruf zur Bundesgenossenschaft an uns ergeht, ihm Folge leisten. In diesem Fall müßten wir den Anlaß verzeihen, daß unsere Billigung nicht finden kann, sondern uns den weit wichtigeren Gedanken vor Augen halten, daß wir unter keinen Umständen Oesterreichs Umklammerung durch die Slawen dulden dürfen.

Diese Frage wird für uns erst spruchreif in dem Augenblick, da Rußland mobilisiert.

Das alldeutsche Organ fühlt sich durch das Bewußtsein gestärkt, daß das deutsche Schwert geschliffen sei und weil man wisse, wie scharf es geschliffen sei, werde man es nur im äußersten Falle ziehen. Seine Haltung bleibt unter allen Umständen höchst merkwürdig. Jahrelang wünscht es einen Krieg um jeden Preis. Endlich kommt einer, und da ist die „Post“ das einzige bürgerliche Blatt, dem er nicht gefällt.

Die Ordnungsbefehle.

In München kam es zu heftigen Ausschreitungen in der Hausherrstraße. Der Besitzer des Kaffeehauses Bahrig, Hotel „Deutscher Hof“, der dem Kapellmeister verbot, patriotische Lieder zu spielen, wurde vom Surramob tödlich angegriffen. Als die Polizei das Café räumte, begann die Menge ein wütendes Bombardement auf sämtliche Fensterheben, die in wenigen Minuten zertrümmert waren. Die Polizei war machtlos und konnte das Publikum nur davor bewahren, sich in die Schußlinie zu begeben. Nachdem alles geräumt war, geriet die Menge. „Die Polizei war machtlos.“ So, so! Man wird dann daran denken müssen, eine freiwillige Polizei einzurichten, wenn die staatliche im Kampf gegen die Ausschreitungen des Surramobs versagt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Polizeiseelen.

Die „Vossische Zeitung“ wendet sich gegen den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes und gegen die geplanten Massenversammlungen. „Diese Gefahr (des Krieges) kann durch die Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes sicherlich nicht gemildert, sondern eher verschärft werden, da der Gegner sie als Symptom der Schwäche Deutschlands ansehen werde, wenn auch mit Unrecht.“ Die würdige „Kreuzzeitung“ sekundiert der „Vossischen Zeitung“. Sie nennt das Vorgehen des sozialdemokratischen Parteivorstandes „schlechthin hochverräterisch“. „Von der Regierung erwarten wir, daß sie hochverräterische Kundgebungen, wie es solche sozialdemokratische Massenversammlungen sein würden, unterläßt. Sie sollte aber auch darüber hinaus aus diesem Versuch schwerster Schädigung unserer internationalen Lage ihre Lehren ziehen.“

Das ist der Gipfel der Unversöhnlichkeit. Deutschland ist noch in keiner Weise an dem Balkan Konflikt beteiligt und frei. Wer zur kühlen Ueberlegung und Vernunft ruft, tut ein gutes, ein patriotisches Werk und mildert allerdings die Kriegsgefahr. Durch Verbote und Ausnahmemaßregeln, die sich gegen die freie Meinungsäußerung richten, würde erst Del ins Feuer gegossen werden.

England.

Verbote des Bürgerkriegs?

Aus London wird gemeldet, daß sich am Sonntag in Irland ernste Unruhen ereigneten. Es wurden vier Personen in der Nähe von Dublin getötet und etwa 100 verletzt. Besonders heftig waren die Zusammenstöße regulärer Soldaten und Polizeimannschaften mit nationalistischen irischen Freiwilligen. Diese hatten in dem kleinen Hafen Gowth, der etwa 40 Kilometer von Dublin entfernt liegt, 2500 Gewehre und 170 000 Patronen in Empfang genommen, die man während der Nacht eingeschmuggelt hatte. Um zu verhindern, daß die Hafenbehörden die Polizei benachrichtigten, hatte man alle telephonischen Drähte zwischen Gowth und Dublin zerschnitten und alle telegraphischen Verbindungen zerstört. Bei dem Versuch von Polizisten in Dublin, die Freiwilligen zu entwaffnen, kam es zu einem Kampfe. Zwei Nationalisten wurden getötet und über 30 verletzt. Bald darauf wurden die Soldaten von der Volksmenge mit feindlichen Rufen empfangen und Steine wurden gegen sie geschleudert. Da die Manifestationen allzu lange Zeit dauerten, verloren die Soldaten schließlich ihre Kaltblütigkeit und man begann, in die Menge zu feuern. Dabei wurden eine Frau und ein irischer Bürger tödlich getroffen. Von den 100 Verwundeten sollen, wie die letzten Depeschen besagen, 40 lebensgefährlich verletzt worden sein.

Rußland.

Das Streikrecht.

Die Anzahl der Streikenden hat in Petersburg etwas abgenommen, in anderen Städten dagegen sind neue Streiks ausgebrochen. Nachdem am Sonntag für Petersburg der außerordentliche Verordnungsstand erklärt worden ist, veröffentlichte der Stadtpfarrer am Sonntag die Liste derjenigen Vergehen, die vor dem Militärgericht abgeurteilt werden, sowie eine Liste der auf dem administrativen Wege zu bestrafenden Vergehen. In Altschajew haben alle Arbeiter in den Werstätten der Werksgesellschaft die Arbeit wieder aufgenommen. — In den Werksstätten in Orel sind 7000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Spanien. In Reus (Provinz Tarragona) kam es zwischen radikalen Manifestanten, an deren Spitze sich der Abgeordnete Lerroux befand, und Gruppen von Carlisten zu einem blutigen Zusammenstoß. Es wurden Revolvergeschosse gewechselt. Elf Personen wurden verletzt; die Straßen wurden militärisch besetzt.

Türkei. Von einem ägyptischen Nationalisten wurden am Samstag in Konstantinopel mehrere Schüsse auf den Khedive abgegeben, die ihn schwer verletzten. Der Attentäter wurde begleitet von dem Khedive getötet.

Zur gest. Beachtung!

Die Postabonnements müssen jetzt unverzüglich aufgegeben werden, damit in der Zustellung keine Verzögerung eintritt. Insbesondere wollen alle Vertrauensleute und Träger in den neugewonnenen Orten diese Mahnung beachten.

Vom Tage der Bestellung bei der Post bis zur Lieferung der Zeitung vergehen meist 3—4 Tage, weil die Post diese Zeit zu den Meldungen in den einzelnen Orten benötigt.

Die Expedition.

Technik und Arbeit

Etwas Chemie.

A. Sch. Durch den „alten“ Liebknecht sind in Arbeitertreuen die Worte bekannt geworden: „Wissen ist Macht“. Sie erfahren kürzlich eine Umprägung durch Professor Duisberg, den Leiter der Leberfärberei-Fabrik, ein „chemischer“ Industriekapitän so recht nach dem Herzen der Anhänger und Lobredner unserer glorreichen kapitalistischen Ordnung. Bringt er es doch auch weiterhin fertig, durch seinen Einfluß im Verein deutscher Chemiker, trotzdem dessen Mitglieder in seiner Hauptmasse erbärmlich genug bezahlte „geistige Mitarbeiter“ sind, daß dieser genannte Verein streng im Fahrwasser der Großindustrie segelt. Die Identifizierung des Vereins auf seiner kürzlich in Bonn erfolgten Tagung mit den Leberfärbereien des Kongresses für gewerblichen Rechtsschutz in der Erfindungsfrage, die wir kürzlich an dieser Stelle hier besprochen, beweist dies wieder einmal aufs Schlagendste. Die Duisberg'sche Umwertung der Worte Liebknechts: „Wissen ist Macht“ in: „Können, nicht Wissen ist Macht“, die ausschließlich der Befähigung der Elberfelder Farbfabrikanten durch obigen Verein in der Begründungsrede erfolgte, hat übrigens den Vorzug, nicht ganz neu zu sein. Man erinnert sich recht deutlich, daß jenseitig schon einmal bei einer Berliner Rektoratsrede, die eine Polemik gegen Sombart enthielt, gehört zu haben. Professor Großmann spricht im „Tag“ von den Elberfelder Farbfabrikanten, als ob sie „eigene Schöpfung“ Duisbergs wären! Daß die ja die Rasse ins Jenseitig behält, um mit berühmten Mustern zu reden. Eigene Schöpfung eines einzelnen soll der Leberfärberei-Riesenbetrieb sein? Das Werk verbraucht täglich rund 600 bis 650 Tonnen Kohle, 80 000 bis 90 000 Kubikmeter Wasser, 190 000 bis 200 000 Kilogramm Eis, und sein elektrischer Kraftbedarf stellt sich zu rund 80 000 Kilowattstunden. Die zur Herstellung der sehr vielseitigen Produkte, wie Säuren, Alkalien, Farbstoffe, photographischen und pharmazeutischen Präparate, benötigten Rohstoffe belaufen sich pro Jahr auf etwa 600 000 Tonnen, während die Ausfuhr aus der Fabrik an Fabrikanten rund 350 000 Tonnen beträgt.

Die Elberfelder Farbfabrikanten, welche im Anfang der achtziger Jahre nur 50 Beamte und 350 Arbeiter beschäftigten, zählen jetzt mehr als 10 000 Werksangehörige, darunter 321 Chemiker, 9 Mediziner, 5 Juristen, 3 Nationalökonomien, einen Philologen (für Bildungswecken), 73 Ingenieure und Architekten, 106 Bau- und Maschinentechniker, 335 andere technische Beamte und ein Heer von 1271 kaufmännischen Beamten. Das alles die ureigene Schöpfung eines einzelnen? Wie hoch und hehr, o heiliger Autoritätsglaube, steht du noch beim deutschen Professor! Und ungefähr auf derselben Höhe bewegt sich das folgende: „Aber auch auf dem Gebiete der sozialistischen Färberei findet man in Leberfärbereien und ebenso in zahlreichen anderen chemischen Großbetrieben am Rhein das gleiche Bestreben, in vorbildlicher Weise nicht nur für die Sicherheit, die Gesundheit und gute Unterhaltung der Arbeiter zu sorgen, sondern auch in den Werksangehörigen das Interesse an kulturell wertvoller künstlerischer Betätigung während der freien Zeit anzuregen. Allerdings werden nur wenige Fabriken in der Lage sein, diesen Aufgaben in so vorbildlicher Weise zu erfüllen wie die Elberfelder Farbfabrikanten.“ . . .

Vielleicht erbarmt sich einmal der Fabrikarbeiterverband des Mannes und überreicht ihm aus seiner Mappe einige Belege über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in den chemischen Fabriken.

Ein Glück, daß wenigstens die fachwissenschaftlichen Leistungen unserer Professoren sich nicht auf diesem Niveau bewegen können, und ein weiteres Glück, daß die Anforderungen des einen Industriezweiges auf die anderen wieder fördernd wirken, sonst wäre es um den Fortschritt schlimm bestellt. Wie z. B. die Stahlindustrie durch die Chemie beeinflusst wird, ergab das Haber'sche Verfahren der Vereinigung des Stickstoffs mit Wasserstoff; darüber berichtet Professor Großmann:

„Die Vereinigung des Stickstoffs mit dem Wasserstoff erfolgt nach dem Verfahren von Haber nur unter außerordentlich hohem Druck, wie er in der Technik bei Temperaturen von 500 Grad früher als völlig unausführbar im Großbetriebe angesehen worden war. Der Stahl, aus dem die Druckgefäße hergestellt waren, riß nämlich bei längerer Benutzung zuerst infolge der starken Beanspruchung durch das verwendete heiße Druckgas. Die im Laboratoriumsexperiment glatt von staten gehende Ammoniaksynthese wäre demnach technisch gescheitert, wenn die Entwicklung der Stahlindustrie in der neuesten Zeit nicht eine derartige gewesen wäre, daß Materialien und Einrichtungen geschaffen werden konnten, die auch diesen hohen Anforderungen genügen.“

Die Stahlindustrie hat andererseits durch die Ausbildung neuer Untersuchungsmethoden wertvolle Hilfsmittel erhalten, über die der Leiter der physikalischen Versuchsanstalt der Firma Krupp in Essen, Professor W. Strauß, in einem Vortrag über mikroskopische Stahluntersuchungen berichtete. Die metallographischen und insbesondere die mikroskopischen Untersuchungen haben nicht nur rein wissenschaftliche Bedeutung, sondern sie gestatten auch, Fehler und Schäden bei der Fabrikation aufzuklären. Wo die chemische Analyse versagt, da zeigt häufig die mikroskopische Untersuchung die Ursachen der Schädigung. So wurde durch die mikroskopische Untersuchung einer gebrochenen Lokomotivbohle an den Gefügeänderungen, sowie an Einschlüssen von geschmolzenen Bronze aus den Lagerstellen festgestellt, daß starkes Heißlaufen zum Bruch geführt hatte, obwohl die äußeren Spuren des Heißlaufens der Bohle beseitigt waren. Man ist mit Hilfe der mikroskopischen Untersuchungen jetzt in der Lage, aus dem Gefügebild stets auf die physikalischen Eigenschaften der Stähle sichere Rückschlüsse zu ziehen; es ist daher verständlich, daß kein modernes Stahlwerk der Gegenwart mehr ohne Einrichtungen für metallographische Untersuchungen leistungsfähig sein kann. Die interessantesten einzelnen Gefügebilder lassen sich übrigens auch durch Verwendung der Photographie in natürlichen Farben mittels der Lumière-Autochromplatten im Lichtbilde vorführen.

Daß es übrigens auch unseren Wissenschaftlern zu dümmern beginnt, es sei verschiedenes faul im Sinne Dänemark, ergibt die immerhin bemerkenswerte Tatsache, daß in der Rodargruppe für medizinisch-pharmazeutische Chemie Professor Mannich-Göttingen die Auswüchse der modernen Heilmittelproduktion, welche die Volkswirtschaft um Millionen schädigen, einer vernichtenden Kritik unterwarf. Sieht man ab von diesem einzelnen weißen Haaren, so zeigte auch die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Bonn die Wichtigkeit des Wortes von Karl Marx vom Wissenschaftler, den das Kapital in den bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.

Die Schreibmaschine als Jubiläum.

Es gibt eine Fülle von Maschinen, Apparaten und dergleichen, welche wir wohl stolz als „moderne“ Schöpfungen ansprechen, betreffen deren der Kulturhistoriker jedoch nachweist, daß auch sie, oder wenigstens ihre Ideen, alt sind. Es ist zwar eine etwas triviale

Weisheit, daß es „nichts Neues unter der Sonne gibt“, oder daß „alles schon dagewesen“ sei; aber man muß damit rechnen, daß in der Tat die Welt weniger neue Gedanken produziert, als man vielleicht anzunehmen geneigt ist, und daß sie vielfach lediglich alte Ideen aufarbeitet. Allerdings nicht selten mit so gutem Erfolg, daß ein schöner Fortschritt zu verzeichnen ist.

Denn vor hundert und mehr Jahren fehlten vielfach jene Bedingungen, welche einen vollen Erfolg mancher Bestrebungen hätten gewährleisten können. Hier mochte das theoretische Wissen nicht ausreichen, um die Idee einer Erfindung richtig durchzuführen; dort fehlte es etwa an den technischen Mitteln, um einen vielleicht ganz brauchbaren Gedanken zu verwirklichen; oft hat es an Kapital, Unternehmungslust und kaufmännischem Können gemangelt, ohne welche schließlich kaum ein Gedanke kulturell ausgewertet werden kann.

Und eine Illustration zu diesen Erwägungen gibt auch unsere Tippmaschine, jene unermüdete Schreiberin, welche, bei oft recht schlechter Behandlung, zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit ist, uns ihre Dienste zu widmen. Vor dem Verfasser dieser Zeilen liegt ein Häslein, in dem er gern und häufig blättert. Es ist ein Lexikon der Erfindungen und Entdeckungen auf den Gebieten der Naturwissenschaft und Technik. Wie eine Zeittafel eingerichtet, aus der der Schüler seine Geschichtsdaten lernt, bietet es Aufschluß darüber, wann und wo diese und jene Erfindung bereits aufgetreten ist. Und es verrät denn auch, daß die Idee der Schreibmaschine die Köpfe der Erfinder schon vor 200 Jahren beschäftigt hat. Unter 1714 wird nämlich folgendes gesagt: „Erfindung der ersten Schreibmaschine, die aber nur für Blindenschrift eingerichtet war“. So hätten wir also eine Jubiläum vor uns. Ja, sie feiert sogar ein Doppeljubiläum. Denn auch bei 1814 ist wieder ein Ereignis aus der Geschichte dieser Maschine angegeben: „Schreibmaschine von Mill“ heißt es nämlich an jener Stelle. . . .

Die beiden angeführten Schöpfungen waren nicht die einzigen in ihrer Art; aber es soll bei diesen ersten Versuchen nicht verweilt werden. Zunächst galt es ja nur zu zeigen, daß wir eine Jubiläum zu grüßen haben. Die heutige Schreibmaschine steht in ihrer Entwicklung zudem bei einem Apparat ein, der seinerzeit auf der Wiener Weltausstellung von 1873 viel Aufsehen erregte und der von einem Geistlichen namens Walling-Hansen konstruiert worden war. Ihm müssen wir im Museum der königlichen Blindenanstalt zu Stettin einen kurzen Besuch abstatten.

Auf einem Stück Kugelfläche sind hier zahlreiche Stempel angebracht, welche nach dem Mittelpunkt gerichtet sind. Jeder derselben trägt oben eine runde Taste, welche mit einem Buchstaben oder mit einer Ziffer bezeichnet ist. Ein Druck auf eine solche Taste wirkt dann darauf, daß im Mittelpunkt der Kugel eine Typhe zum Abdruck gelangt. Dies geschieht, indem ein farbgetränktes Band gegen das Papier geschleudert wird. Allerdings erscheint die Papiereinrichtung noch etwas unvollkommen. Wohl springt auch schon hier das Papier nach jedem Druckvorgang um einen Schritt vorwärts. Aber der Schriftsatz erscheint auf einem langen Papierstreifen: ähnlich wie unsere Telegramme. Im übrigen finden wir hier bereits die wesentlichen Kennzeichen unserer heutigen Maschinen.

Walling-Hansen hat allerdings vielleicht von seinen Vorgängern gewisse Spezialitäten übernommen. So hatte schon vor ihm der bekannte Physiker Foucault eine Schreibmaschine erfunden, bei der freilich nur 10 Tasten vorhanden waren, deren radiale Stellung jedoch bereits bezeichnend erscheint, und 1833 hatte sich der Franzose Progrin, wie Neuburger in seinem Buch: „Erfinder und Erfindungen“ berichtet, einen Apparat patentieren lassen, welchen er „Typograph“ nannte, und dessen zu einem Korb vereinigte Typenhebel bereits sehr an unsere Einrichtungen erinnern. Immerhin dürfte gerade die Maschine von Walling-Hansen einen bedeutsamen Fortschritt in der Geschichte dieses so nützlichen Apparates bedeuten.

Die Hauptentwicklung fehlte aber ein, als der Genesefabrikant Remington die Maschine eines gewissen Sholes' zu fabrizieren anging und sie wesentlich verbessert in den Handel brachte. Dieses Werk wird den Lesern, die sich für Schreibmaschinen interessieren, ja wohl bekannt sein. Ihr erstes Modell dürfte aus dem Jahre 1867 stammen, und schon hier erkennen wir die charakteristisch angeordnete Tastatur, die geschickt eingerichtete Hebelübertragung und die Walze, auf der allerdings noch keine „sichtbare“ Schrift erzielt wird.

Die „Remington“ ist eine Vertreterin der zahlreichen Typenhebel-Schreibmaschinen, die so weit verbreitet sind. Bei ihnen ist zwischen Kraft und Arbeit ein Hebelwerk eingeschaltet, dessen Konstruktion auf das raffinierteste ausgedehnt sein will, und das ein wesentliches Kennzeichen der einzelnen Modelle bildet. Ihnen stehen vor allem die Typenrad- und Typenzylinder-Schreibmaschinen gegenüber. Bei diesen befinden sich die Typen auf Rädern und Zylindern, und es werden diese so eingestellt, daß das Papier beim Anschlag jenes Zeichen empfangen muß, welches durch die Tastung gewählt ist.

Heutzutage ist auch der bekannte Hughes-Telegraph eine Typenrad-Schreibmaschine — nur für Fernwirkung eingerichtet!

Wie ihr Aussehen, so hat unsere unermüdete Schreiberin auch ihre Arbeit im Laufe der Zeiten geändert. Ursprünglich bestimmt, besonders den Blinden zu dienen, oder Reuten zu helfen, die vom Schreibkrampf geplagt wurden, hat sie heute eine viel universellere Bedeutung erlangt. Und nicht die Blinden waren es, die sich zu ihrer Einführung entschlossen, sondern gerade die — Weitsichtigen!

Neue Verwendungszwecke für Marmor.

Der Marmor galt in seinen verschiedenen Arten von jeher als das vornehmste Material zum Aufbau von Gebäuden, Monumenten, Statuen, Bildwerken und dergl., und nicht minder zur Bekleidung solcher, sowohl im Innern als auch an den Außenflächen. Zu diesen vielseitigen Verwendungszwecken des Marmors gefellen sich neuerdings noch einige weitere.

Zur Unterfütterung der Mineralien auf ihre Zusammenfassung fertigt man von solchen Dünnschliffe an, das sind Platten, welche vollständig gleichmäßig und so dünn abgeschliffen werden, daß das auffallende Licht durchscheint und man die einzelnen Bestandteile und das Gefüge derselben mit dem Mikroskop erkennen kann. Dabei zeigte sich, daß die Dünnschliffe verschiedener Marmorarten besonders schöne und vielartige Farbentöne aufweisen. Man benutzt dieselben deshalb an Stelle von buntem Fensterglas, wobei prachtvolle Lichteffekte erzielt werden. Die zu solchen Zwecken verwendeten äußerst dünnen Marmorplatten werden auf beiden Seiten vollständig eben geschliffen und dann mit Öl, Paraffin oder Schellack getränkt. Die Tränkungsmitel werden, je nach der Gesteinsart und dem gewünschten Erfolge, entweder kalt oder warm eingepreßt. Wird eine große Lichtdurchlässigkeit verlangt, so kommen weiche und helle Marmorarten zur Anwendung, da diese bei geeigneter Behandlung das Licht nur wenig schwächen, wogegen farbrige und bunte Marmorarten zwar weniger Licht durchlassen, dafür aber schönere Lichteffekte hervorbringen. Durchscheinende Marmorplatten eignen sich sowohl zu Fensterscheiben für unmittelbare

Tageslichtbeleuchtung von Flur-, Wohn-, Arbeits- und Versammlungsräumen, als auch für künstliche Beleuchtung. Sie geben ein weiches mildes Licht und mildern das von kräftigen Lichtquellen ausgestrahlte grelle Licht, ohne dasselbe mehr zu schwächen, als das zu ähnlichen Zwecken benutzte Milchglas.

Die prachtvollen Zeichnungen und Abdrücke einzelner Marmorarten haben Veranlassung gegeben zur Herstellung transparenter farbiger Bilder aus solchen. Zu diesem Zwecke werden besonders hervortretende Teile von Dünnschliffen zu Bildern zusammengestellt, und zwar vorwiegend zu Landschaften, da sich zu diesen das Material am besten eignet. Die einzelnen Stücke der Bilder werden auf v. ändig klaren Glasscheiben dicht schließend aneinander gefügt und mit durchsichtigem klarem Kitt verbunden, worauf dann das Ganze mit einer zweiten Glasscheibe bedeckt wird. Auf diese Weise sind die, namentlich bei buntem Marmor, äußerst feinen Dünnschliffe vor jeder Beschädigung geschützt, ohne daß dadurch die Lichtdurchlässigkeit und damit die Wirkung der Färbung und Zeichnung des Marmors herabgesetzt wird. Bei weiterer Ausbildung dieser Verfahren eröffnet sich für den Marmor eine ganze Reihe neuer Verwendungsmöglichkeiten, welche namentlich der dekorativen Innenausstattung von Bauwerken zugute kommen. Eine sich neuerdings öfter findende Bezeichnung „Marmorlicht“ ist eigentlich irreführend, denn dabei handelt es sich um keine neue Lichtart, sondern nur um die Verwendung solcher Marmor-dünnschliffe zur Umhüllung von Lichtquellen.

Telephon und Sprechmaschine.

In einigen Städten Amerikas sind auf den Fernsprechermittlungsämtern den verschiedenen Zwecken dienende Sprechmaschinen aufgestellt, welche den Abonnenten über die genaue Zeit, die Wetterberichte, kurze Tagesneuigkeiten, sowie über Zeitungs- und Verleiheshandlungen im Fernsprechnetz jederzeit automatisch Auskunft erteilen. Diese Sprechmaschinen sind von 7 oder 8 Uhr vormittags bis 9 oder 10 Uhr abends ununterbrochen tätig und wiederholen die ihnen obliegenden Auskünfte in bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig. Der Zeitnehmer gibt zu Beginn jeder Minute genau die richtige Zeit an. Wächst nun ein Abonnent Auskunft hierüber, so verbindet er sich mit Hilfe der selbsttätigen Anschlußvorrichtung mit dem Zeitautomaten und hört dann bei Beginn der nächsten Minute den Ruf: 9 Uhr, 10 oder dergleichen. Er weiß dann also, daß es 10 Minuten nach 9 Uhr ist. Bei einer Verbindung mit dem Wettermelder vernimmt er die Meldung: Temperatur kühler, Niederschläge usw. Ebenso unterrichtet ihn beim Anschluß an den Neuigkeitssphonographen dieser über die neuesten Vorkommnisse des Tages. Hier sind also Fernsprecher und Sprechapparat in zweckmäßigster Weise in den Dienst aller Anschlußhaber gestellt und erfüllen ihren Zweck zu jeder Zeit, ohne daß besonderes Vermittlungspersonal erforderlich ist.

Ausnutzung des Auspuffs bei Explosionsmotoren.

Bei Explosionsmotoren müssen bekanntlich die verbrauchten Gase ausgedehnt werden. Dabei ist es aber möglich, die Arbeitsfähigkeit des Auspuffs, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, noch nutzbar zu machen. Ganz ist dies darum nicht möglich, weil dann die betreffende Kolbenbewegung zu sehr behindert würde. In diesem Sinne interessiert nun eine Neuerung der letzten Zeit. Bei derselben läßt die auspuffenden Abgase eine Saugwirkung aus, welche das Kühlmittel in Bewegung setzt, wobei dieses selbst wieder gekühlt wird. Bei seinem Kreislauf fällt es nämlich von oben durch eine durchlöcherige Platte auf die Spitze eines senkrecht stehenden Kegels, auf dessen Mantel es Gelegenheit findet, Wärme an die Luft ringsum abzuführen, worauf es wieder zum Hauptgefäß zurückkehrt.

Krankes Blei.

Schon seit langer Zeit ist es bekannt, daß Zinn nicht selten von einer eigenartigen Krankheit befallen wird, die man nach den dabei auftretenden, den Weisheiten ähnlichen Rufen mit dem Namen Zinnpest bezeichnet. Ähnliche Krankheitserscheinungen hat man neuerdings auch bei Blei wahrgenommen, und zwar besonders bei älteren Gegenständen, die wenig oder gar nicht benutzt werden. Dabei treten zuerst an einzelnen Stellen der Oberfläche Oxidationserscheinungen auf, welche immer weiter um sich greifen und auch in die Tiefe eindringen, bis schließlich das ganze Metall zu einem grauen Pulver zerfällt. Ueber die Entstehungsbefunde dieser Krankheit ist man noch ziemlich im Unklaren. Genaue Untersuchung der von der Bleikrankheit befallenen Gegenstände ergab bei allen die Anwesenheit von Chlorverbindungen, und man glaubt deshalb, diese als die Verursacher der Krankheit ansprechen zu dürfen. Ob dieses zutreffend ist, müssen weitere eingehende Forschungen ergeben.

Magnesia als Ersatz für Platin.

Platin, das früher billiger war als Silber, steht heute im Preise schon mehr als doppelt so hoch wie Gold. Wird doch das Kilo mit etwa 7000 Mark bezahlt. Man sucht deshalb beständig nach Ersatzstoffen. Als ein solcher wird jetzt auch Magnesia herangezogen, indem man dieselbe zur Herstellung von Gegenständen benutzt, die hohe Temperaturen auszuhalten haben und deshalb früher aus Platin angefertigt wurden. Als solche kommen Platten, Ziegel, Netorten, Ruffeln und ähnliche zum Ausglühen der verschiedensten Präparate bei hohen Hitzegraden benutzte Geräte in Betracht. Dieselben lassen sich sowohl aus reiner Magnesia, als auch aus Mischungen solcher mit guter Tonerde (Kaolin) anfertigen und stellen sich im Preise erheblich niedriger, als solche aus Platin.



Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 27. Juli 1914.

Auf zum Protest gegen Krieg und Völkermord.

Arbeiter, Parteigenossen und Genossen! Österreich-Ungarn mobilisiert gegen Serbien. Das ist der Anfang eines Weltkrieges, der mutwillig heraufbeschworen wurde. Alles, was in jahrzehntelanger mühevoller Kulturarbeit aufgebaut wurde, kann in wenigen Tagen vernichtet sein. Auslos hat die österreichische Regierung die Gefahr heraufbeschworen, dagegen gilt es Protest zu erheben. Das Proletariat will keinen Krieg! Darum rufen wir die Arbeiter in Stadt und Land auf zum Protest.

In Massenversammlungen protestiert am Mittwoch, 8½ Uhr, die Arbeiterschaft im Wirtschaftsgebiet Wiesbaden in folgenden Versammlungen: in Wiesbaden im Gewerkschaftshaus, Bellrichstraße, in Dohheim in der „Krone“, in Viebrich im „Kaiser Adolf“, in Schierstein im „Deutschen Hof“, in Sonnenberg-Rambach in der „Waldlust“, in Bierstadt im „Gambinus“. Tagesordnung: „Nieder mit dem Krieg!“

Männer und Frauen, auf zum Protest! Doch die internationale Verbrüderung!

Kriegsheher!

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Surra! Es lebe der Krieg! So, wenn auch nicht wörtlich, so doch in der Melodie, schallt es durch die gutgefinnte Presse von rechts bis nach links. Man hat fast das Empfinden, als ob es eine Erlösung wäre, daß es nun endlich einmal losgehe. Als wenn so gar nichts dabei wäre, wenn morgen einige Millionen Menschen die Platte auf den Boden nehmen und ins Feld marschieren, um den Schindeln der Kanonen als Zielscheibe zu dienen. Ja, mit einem gewissen Stolz schwellt es dem schwarz-weiß-roten Spießer die Brust, die Aussicht und die Möglichkeit, große Geldentzinsen zu vollbringen, hat auch gar so viel Verlockendes für sich.

In der Tat, wer in diesen Tagen der infamsten Kriegshebe die bürgerliche Presse überblickt, der muß sich wirklich fragen: gibt es denn in Deutschland, im bürgerlichen Deutschland so wenig Menschen, die fähig sind, über heute und morgen hinaus zu denken? Gibt es denn so viele Menschen, die alles das, was in diesen Tagen an politischen Zeitartikeln verzapft wird, für die höchste Weisheit halten, die so wenige eigene Urteilsfähigkeit besitzen, um das, was ihnen ihr Verstand vorsetzt, ohne jede Kritik anzunehmen und gar noch weiter zu verbreiten? In allen größeren deutschen Städten ist es schon zu Kundgebungen antikemistischer Handlungsgehilfen und Bourgeoisbrüder gekommen. Eine neue Krankheit epidemischen Charakters, der Serbenfoller, scheint in Deutschland ausgebrochen zu sein. Wer sich noch etwas gesunde Vernunft bewahrt hat, den reizt es fast zum Erbrechen beim Lesen aller der nationalen und patriotischen Phrasen, mit denen bürgerliche Zeitungen Kriegsstimmung und -begeisterung zu erzeugen versuchen. Und das bedauerlichste dabei ist wohl, daß es noch so viele, selbst gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind, die einen bedeutenden Teil des Abonnentenstandes namentlich der sogenannten „unparteiischen“ Presse ausmachen. Bedenken diese Leute nicht, daß sie es sind, die in erster Linie ihre Haut zu Markt tragen

müssen in einem eventuellen Kriege? Bedenken sie nicht, daß diese Presse im Auslande als die deutsche „öffentliche Meinung“, angesehen wird, und daß diese ganze Heerei einseitig das Vorgehen Österreichs unterstützt, ohne der anderen Seite Berechtigung widerfahren zu lassen?

In dieser ganzen Sache liegt System. Die auswärtige Politik ist das Gebiet, über das die bürgerliche Presse ihre Leser viel besser auf dem Laufenden hält, wie über die innere, und leider muß das gesagt werden, tut sie das auch viel besser, wie unsere Parteipresse. Ueber das Verhältnis Rußlands zu Frankreich, über die Absichten des Dreibundes, die Reise des Kaisers nach Norwegen ist der Leser der bürgerlichen Zeitung immer gut informiert, während sein Interesse an innerpolitischen Vorgängen von seinem Blatte systematisch vernachlässigt wird. Und dann ist es, wie eben jetzt, ein Leichtes für solche Blätter, politische Gedankengänge zu entwickeln, die an Oberflächlichkeit und bössartiger Sehe wirklich gar nichts zu wünschen übrig lassen. Dann aber braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn in Werstätten, Fabriken und Kontoren, hauptsächlich aber in letzteren, die Vorgänge im nahen Osten in einer Tonart besprochen werden, die sich von der an einem Kriegervereinstammtisch beliebten durch nichts unterscheidet.

Sier ist es die Pflicht unserer Parteigenossen einzugreifen, auffallend einzugreifen. Gott sei Dank ist ja die Arbeiterschaft aufgeklärt genug, um zu wissen, was auf dem Spiele steht. Aber möge sie es nicht veräumen, jeder einzelne kann es in der persönlichen Unterhaltung mitbesorgen, möge sie es nicht veräumen, immer und überall auch auf die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges hinzuweisen. Sier liegt der Schwerpunkt der Agitation gegen die Kriegsheher. Krieg bedeutet wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Möge es darum den herrschenden Klassen in diesen Tagen millionenfach in die Ohren schallen: Wir wollen nicht in den Krieg ziehen, um einer elenden Bagatelle willen, die uns zudem gar nichts angeht. Möge beizeiten den patriotischen Phrasendreschern zum Bewußtsein gebracht werden, daß das deutsche Volk und in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft zwar Ehre und Vaterland verteidigen, wenn es sein muß, daß sie sich aber nicht für die Interessen einer ausländischen Dynastie auf die Schlachtbank schiden lassen.

Die Arbeiterschaft fürchtet nicht den Krieg, aber die herrschenden Klassen haben, wenn sie nur einen Augenblick überlegen, alle Ursache, ihn und seine Folgen zu fürchten. Noch ist es ja nicht zu spät, noch ist es Zeit, in Versammlungen den Willen der großen Masse des Volkes kundzutun, und unsere Parteileitungen an allen Orten werden hoffentlich die Stunde nicht veräumen. Ist erst die Mobilisierung da, dann hat die Agitation ein Ende; also: auf, ehe es zu spät ist!

Der Kampf gegen den Geburtenrückgang. Der Kaufmann Gustav Redermann ist in einem Geschäft in Wiesbaden angestellt, das früher in Mainz domiziliert war. Im Frühjahr fiel der Frankfurter Polizei ein Insekt auf, in dem ein Apparat zur Feststellung von Jüden bei Judenkrankheit angebracht wurde. Die Polizei beauftragte einen Späher, sich einen Prospekt kommen zu lassen. Diefem lag dann gleich ein Prospekt über einen Irrigator „Krausenheit“ bei und gleichzeitig wurde auch darauf hingewiesen, daß man von Redermann Gummiarzikel beziehen könne. Eine Polizeispionin erhielt ebenfalls auf ihr Verlangen eine Preisliste dieser nützlichen Dinge von Redermann. Der Mann hatte sich deshalb vor der Wiesbadener Strafkammer wegen öffentlicher Anfeindung von Gegenseiten zum unzüchtigen Gebrauch zu verurteilen. Die Strafkammer fällt einen Freispruch, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß der Angeklagte in einer Mehrheit derart seine Prospekte an den Mann bringe.

zur Geltung zu bringen. Im übrigen riß das flotte Spiel von Fräulein Dorich und den Herren Flemming und Grohmann das Publikum mit, so daß der Beifall dann auch nicht ausblieb.

Wider den Krieg!

Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll (auch) durch Menschen vergossen werden; denn nach seinem Bilde hat Gott den Menschen gemacht.

Moses 9. 6.

„Warum tötest du mich?“ „Nun was? wohnst du nicht jenseits des Wassers? Mein Freund, wenn du diesseits wohnstest, so wäre ich ein Mörder, es würde unrecht sein, dich zu töten; aber da du jenseits wohnst, so bin ich ein Tapferer, und es ist gerecht.“

Pascal. Gedanken.

Daß Nationen wie Individuen sich nur einander kennen, und der gegenseitige Haß wird sich in gegenseitige Silbfeindung verwandeln, und anstatt natürlicher Feinde, wie benachbarte Länder zuweilen genannt sind, werden wir alle natürliche Freunde sein.

Goethe. Brief an Carlyle.

Nun spricht die moralisch-praktische Vernunft in uns ihr unwiderrufliches Beto aus: es soll kein Krieg sein; weder der, welcher zwischen mir und dir im Naturzustande, noch zwischen uns als Staaten, die, ob zwar innerlich im gesellschaftlichen, doch äußerlich (im Verhältnis gegeneinander) im geselosen Zustande sind; denn das ist nicht die Art, wie jedermann sein Recht suchen soll. Also ist nicht mehr die Frage, ob der ewige Friede ein Ding von Unding sei, und ob wir uns nicht in unserem theoretischen Urteile betrügen, wenn wir das erstere annehmen, sondern wir müssen so handeln, als ob das Ding sei, was vielleicht nicht ist, auf Begründung desselben und diejenige Konstitution, die uns dazu die tauglichste scheint (vielleicht den Republikanismus aller Staaten samt und sonders), hinwirken, um ihn herbeizuführen und dem heillosen Kriegsführen, worauf, als den Hauptzweck, bisher alle Staaten ohne Ausnahme ihre inneren Anstalten gerichtet haben, ein Ende zu machen. Und wenn das letztere, was die Voll-

Weltvermittler. Der Geflügelhändler G. Geher hat zeitweise eine Wirtschaft betrieben und in dieser Zeit auch Rennwetten vermittelt. Wegen Beihilfe zum gewerblichen Glücksspiel nahm ihn die Strafkammer in zwei Tage Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe.

Kanalgebührenordnung. Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossenen 2 Abänderungen der Kanalbenutzungsgebührenordnung sind von dem Bezirksausschuß bereits genehmigt worden und haben damit Rechtsgültigkeit erlangt. Die Höhe der einzelnen Veranlagungen, sowie des Gesamtaufkommens an Kanalbenutzungsgebühren wird durch diese zwei geringfügigen Änderungen nicht berührt.

Lebensmüde. Der Küchenchef Wirth von hier hat sich in Schlagenbad, wo er bedienstet war, in einem Anfall von Schwermut das Leben genommen.

Diebstahl. Von einem in der Taunusstraße haltenden Rollwagen wurde am Samstag ein brauner Korb mit 300 Eiern gestohlen. Etwaige Mitteilungen über den Täter nimmt die Polizeidirektion auf Zimmer 18 entgegen.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Viebrich, 24. Juli. (Schulausflüge.) Bekanntlich wurden dem Magistrat 10 000 Mark von einem Fabrikanten gestiftet, die zu Zwecken der Jugendpflege Verwendung finden sollen. Auf Beschluß des Magistrats sollen jetzt von dieser Stiftung die Kosten von Schulausflügen bestritten werden, die von den beiden obersten Klassen der Volksschulen veranstaltet werden. Gewiß ist den Schülern die Freude zu gönnen; man sieht aber, daß der Magistrat das Pferd vom Schwanz aufzäumt und das minder Notwendige zuerst macht. Die Ferienpaziergänge wurden abgelehnt, weil angeblich kein Geld vorhanden war. Nun wird das Geld anderweitig verwirtschaftet. Gätten aber die Sozialdemokraten Schulausflüge angeregt, dann hätte man Ferienpaziergänge veranstaltet.

Sonnenberg, 24. Juli. (Gemeindevertretung.) Wiederholt war von Interessenten verlangt worden, die Wertzuwachssteuer zu ermäßigen. Die Gemeindevertretung wollte auch dem Wunsche entsprechen, die Regierung versagte aber die Genehmigung. Durch jedesmaligen Beschluß sollte dann die Steuer bis auf den Anteil der Gemeinde ermäßigt werden. Eine Lieberheit über den Ertrag läßt sich jedoch jetzt noch nicht schaffen, weshalb die Vertretung beschloß, die Steuer vorläufig ganz zu erheben. Eine Anzahl Darlehensgeber der Gemeinde hat den Zinssatz für die der Gemeinde gefällenden Kapitalien von 3% auf 4 Prozent erhöht. Die Vertretung gab ihre Zustimmung in der Voraussetzung, daß Gelder nirgends billiger zu erhalten sind.

Aus den umliegenden Kreisen.

Eine außerordentliche Generalversammlung

für den Wahlkreis Höchst-Somburg-Wingen tagte gestern im „Schützenhof“ in Höchst a. M., die sich vornehmlich mit den verflochtenen Gemeindegewahlen beschäftigten sollte. Der Gefangene „Bormaris“ begrüßte die Delegierten mit dem Chor: „Ich warte dein“, der recht wirkungsvoll vorgetragen wurde. Dem verstorbenen Genossen Reijinger-Somburg widmet der Kreisvorsitzende Fortüne einen ehrenden Nachruf; die Delegierten erheben sich zum Andenken von ihren Plätzen. Darauf führt der Vorsitzende ungefähr folgendes aus:

Genossen! Der Konflikt zwischen Serbien und Österreich hat sich entladen, die herausfordernde Note Österreichs ist von Serbien zurückgewiesen worden, der Stein somit im Rollen. Was die österreichisch-ungarische Regierung getan hat, ist ein kraßer Bruch des Völkerrechts, ein Anschlag auf die Menschheit. Die Folgen dieses Schrittes sind noch nicht abzusehen der Weltkrieg steht am Horizont als graumalig schreckliches Gespenst. Der europäische Frieden ist bedroht, die Lage ist sehr ernst. Ich brauche nicht auf Einzelheiten einzugehen, aus den Telegrammanschlüssen ist Ihnen das Nähere bekannt. Wir können nach Lage der Sache an diesem Ereignis nicht ohne weiteres vorbeigehen; die heutige Generalversammlung hat die Pflicht, eine einheitliche Willensäußerung zum Ausdruck zu bringen. Wir schlagen Ihnen daher folgende Resolution zur Annahme vor:

endung dieser Absicht betrifft, auch immer ein frommer Wunsch bliebe, so betrügen wir uns doch gewiß nicht mit der Annahme der Maxime, dahin unablässig zu wirken; denn diese ist Pflicht; das moralische Gesetz aber in uns selbst für betrügerisch anzunehmen, würde den Abischen erregenden Wunsch hervorbringen, lieber aller Vernunft zu entbehren und sich, seinen Grundsätzen nach, mit den übrigen Tierklassen in einem gleichen Mechanismus der Natur geworfen anzusehen.

Immanuel Kant. Metaphysik der Sitten.

Das Gesetz der Todesursachen.

In jedem Jahr werden in den Kulturländern verschiedene Zusammenstellungen über die Häufigkeit der einzelnen Todesursachen gemacht, und im allgemeinen zeigt sich eine gewisse Gesetzmäßigkeit in der Reihenfolge der Häufigkeit. So ist es allbekannt, daß in den Ländern der gemäßigten Zone, wenn nicht besondere Epidemien hinzutreten, die Schwindsucht die häufigste oder wenigstens eine der häufigsten Todesursachen ist. Dagegen muß es fraglich erscheinen ob sich auch andere Todesursachen mit ungefähr gleicher Häufigkeit wiederholen, oder ob darin große Schwankungen von Jahr zu Jahr eintreten. Eine große Lebensversicherungsgesellschaft, deren Arbeitsfeld sich ebenso auf Nordamerika wie auf Mitteleuropa erstreckt, hat eine Tabelle herausgegeben, worin die Ursachen der während der beiden letzten Jahre erfolgten Todesfälle verzeichnet sind. Die Gesamtzahlen sind ungefähr gleich, da 8549 Verzeichnete im Jahr 1912 und 8793 im Jahr 1913 starben. Es ist nun in hohem Grade auffällig, daß die einzelnen Todesursachen in beiden Jahren mit Ziffern vertreten sind, die nur sehr wenig von einander abweichen. Herzkrankheiten weisen noch eine verhältnismäßig große Schwankung auf, nämlich von 1060 bis 967. Die Lungenentzündung forderte im ersten Jahr 906, im zweiten 967 Menschenleben. An dritter Stelle steht die Englische Krankheit mit 870 bzw. 931 Todesfällen. Dann folgen der Reihe nach die Lungenentzündung mit 700 und 673, Krebs mit 631 und 660, Schlagfluß mit 603 und 641, Krankheiten der Verdauungsorgane mit 399 und 239, Krankheiten der Arterien mit 305 und 271, Gehirnlähmung mit 283 und 286 usw. Ohne die Zahlen weiter zu nennen, mag bemerkt sein, daß auch die zunächst folgenden Krankheiten wie die der Leber, Zuckerkrankheit, Typhus, Appendizitis, Rheumatismus sämtlich dicht bei einanderliegende Zahlen ergaben. Daraus wird man den Schluß ziehen dürfen, daß die Todesursache sich nach gewissen Gesetzen richtet, die wenigstens innerhalb einer kürzeren Zeit keinen großen Veränderungen unterworfen sind.

Kleines Feuilleton.

Gedenktage.

27. Juli. 1792 Sturz Robespierres. — 1818 Der Allianzvertrag vom 27. Juni zwischen Preußen, Rußland und Österreich wird in Prag ratifiziert. — 1890 Beginn der Pariser Julirevolution. — 1878 Erster Spatenstich zum Bau der Wagbabbahn. — 1911 Abschaffung der Todesstrafe in Portugal.

Frankfurter Theater.

„Grigri“, Operette in 3 Akten, Erstaufführung im Neuen Theater.

Die sonderbare Vorliebe weißer Weiblichkeiten für kräftige schwarze Männer, wie sie aus Berlin öfter berichtet wurde, und die man hier mit einigem Ekel beobachten konnte, gab in der jüngsten Operette „Grigri“ des Neuen Theaters einen guten Anhaltspunkt zur Travestie. Wie der Regentkönig in Paris seine 170. Frau, die rüchliche Gemahlin eines Ministers sich erobert, das wird mit drastischer Komik von Herrn G r o h m a n n dargestellt. Um diese komischen Szenen herum ist der bekannte Butterfly-Stoff gruppiert: ein Offizier geht mit einer fremden Schönen eine Scheinehe ein, verlobt dann wieder nach Paris und läßt seine Ehefrau sitzen. Sier nun findet die Angelegenheit ein Ende, die weniger auf die Tränen des Mitleides als auf den mitleidig-gutmütigen Glauben der Hörer sich richtet: die resolute Grigri erscheint in Paris und zwingt ihren früheren Gemahl, der gerade eine gute Partie macht, sie wieder zu heiraten. Schließlich ist auch diese Operette ganz unterhaltsam. Die flotte Musik des Herrn Paul Vinke ist in Einzelheiten ganz hübsch, nur fehlt diesem Komponisten in ganz auffälliger Weise jedes Verständnis für dramatische Wirkungen, wie sie doch bei Tieser und seinen Wiener Kollegen vorhanden ist. Das Finale des zweiten Aktes ist so dürftig, daß man Vinke fast bemitleidet. Ueber den musikalischen Eindruck der Aufführung deckt man gern den Mantel der Nächstenliebe, der tüchtige Kapellmeister Selter wird froh gewesen sein, sogar dieses Niveau erreicht zu haben, dem heutigen Publikum kann man in Operetten schließlich alles vorlegen. Die Regie wußte geschickt, die bombastischen Massenszenen im ersten Akt auf der kleinen Bühne

Noch raucht der Balkan von dem Blute Hunderttausender, noch ist nicht der kleinste Teil des Glends und des Jammers des letzten Nordens getilgt und schon wieder ist durch die unerwartete Kriegerstimmung ein neuer Balkankrieg entzündet, der den Weltfrieden bedroht. Sowas der Raubzug Italiens nach Tripolis, der den Balkankrieg zur Folge hatte, ist auch hier die Weltmachtpolitik, die Triebfeder des Krieges; der Inneren Bosniens und der Herzegowina soll neuer Landraub, die Vernichtung Serbiens folgen.

Ungeachtet der allgemeinen Spannung und der politischen Situation erklärt die heute am 26. Juli in Höchst tagende Generalversammlung des Wahlkreises Höchst-Domburg-Iltingen, daß sie die maßlosen Kriegstreiber in Deutschland verdammt. Sie fordert das organisierte Proletariat auf, mit aller Macht einem etwaigen Bürgerkrieg sich zu widersetzen, und ist bereit, den kriegslüsternden Bestrebungen in der Bourgeoisie und im Junkertum äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Die sozialistischen Arbeiter stehen in den fremdsprachigen Arbeiterkreisen jenseits der Grenze keine „fremden Völker“, sondern betrachten sie als ihre Brüder, ihre Freunde, mit denen sie durch die engen Bande der Klassenolidarität und der Kampfgenossenschaft verbunden sind. Auf diese Klassenkameraden die mörderische Schußwaffe zu richten, wäre gleichbedeutend, Vater und Mutter menschlins zu morden.

Darum sollen unverzüglich die Sturmglocken des Volkes im Lande erschallen, in maßvollen öffentlichen Kundgebungen muß das Proletariat zum Ausdruck bringen, daß es niemals gewillt ist, blindlings als Kanonenfutter zu dienen. Die Arbeiterkraft verlangt im Namen der Menschlichkeit und Kultur den Völkerrfrieden und betrachtet den Krieg als eine menschenunwürdige Bestialität. Das Mindeste, was das deutsche Proletariat zu fordern hat, ist, daß die deutsche Reichsregierung sofort die Volksvertretung zusammenruft, und ferner sich jeder Einmischung in diesem Streit enthält. Kein Tropfen deutschen Blutes darf in diesem Krieg vergossen werden.

Die Generalversammlung setzt ihre Hoffnung auf den Geist der sozialistischen Internationalität, der allein in der Lage ist, dem geplanten Morden und Sengen Paroli zu bieten, der wiederholt schon den Völkerrfrieden gesichert hat. Ueber Krieg und Frieden haben nicht bestimmte Interessengruppen, sondern die großen Volksmassen zu entscheiden. Und die Antwort der Massen muß lauten: Wir wollen den Völkerrfrieden!

Die Ausführungen des Genossen Fortune wurden mit großer Spannung verfolgt, der Resolution ohne Debatte einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der Filiale Nied die Lokalfrage betreffend wird nach kurzen Ausführungen als erledigt betrachtet.

Die Erbschaft für ein Mitglied des Kreisvorstandes wird bis zur nächsten Vertrauensmännerversammlung verschoben.

Zum Punkt „Was lehren und was lehren die Gemeinderatswahlen?“ referiert Genosse Walter-Höchst, der bereits ein Streiklicht auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindeförperschaften wirft. Zu konstatieren sei, daß in vielen Orten des Wahlkreises eine große Zahl gut geschulter Parteigenossen in den Gemeinderäten sitzen, die treu und rechtschaffen ihre Pflicht erfüllen. Im Jahre 1912 konnten wir in sechs Städten 18 sozialdemokratische Stadtverordnete und in 30 Landgemeinden 88 Gemeinderäte zählen. Im letzten Jahre ist die Zahl der Stadtverordneten auf 13 zurückgegangen; auch 8 Gemeinderatsmandate haben wir eingebüßt. Allerdings sind in 11 Orten 14 neue Vertreter unserer Partei gewählt worden. Die Kritik in der „Vollstimme“ über den Ausfall der Wahlen habe er für verfehlt und nicht am Platze. Bei Beurteilung dieser Frage müssen die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Unsere Gegner haben z. B. sozialdemokratischen Wählern die Wahl für die Kinder verweigert. Erste Pflicht sei es, grundsätzlich und prinzipielle Aufklärung in den Landorten zu schaffen. Die Wahlen 1913/14 können mit denen des Jahres 1912 nicht verglichen werden, denn in diesem Jahre war die Bevölkerung aufgewachsen durch die vorangegangene Reichstagswahl. Allerdings konnten manche Niederlagen vermieden werden, wenn unsere Genossen sich nicht so stark in Sicherheit gewiegt hätten. In vielen Orten gingen unsere Gegner planmäßig vor, was unsere Genossen zum Teil veräumelten. Dann wurden diesmal mit einer Brutalität die wirtschaftlichen Nachmittels in Anwendung gebracht, daß es nicht verwunderlich erscheint, wenn eine Anzahl Wähler diesem Druide folgend nicht zur Wahl gingen. Weht man auf die Mißerfolge in den einzelnen Orten näher ein, so zeigt sich, daß unsere Genossen der wichtigsten Vorarbeit — der Prüfung der Wählerlisten — nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben. Das trifft besonders auf Klein-Schwalbach zu. Wie können wir ein besseres Wahlergebnis künftig erzielen? Erstens müssen die Wahlen besser vorbereitet, der Kleinarbeit muß viel mehr Beachtung geschenkt werden. Die Bestimmungen der Landgemeindeordnung müssen den führenden Genossen in Fleisch und Blut übergehen. Nach altem Vorgetragen und nach Würdigung der örtlichen Verhältnisse könne aber von einer schauerhaften Niederlage des Wahlkreises Höchst-Domburg-Iltingen, wie einzelne Zeitungen berichteten, keine Rede sein. Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme:

Die Generalversammlung erkennt an, daß die zum Teil unbefriedigenden Resultate der letzten Gemeinderatswahlen die ernsteste Nachprüfung in den fragl. Filialen nötig machen und beschließt, den Kreisvorstand zu beauftragen, schon bei der nächsten allgemeinen Auflegung der Liste der Stimmberechtigten auf eine gut organisierte Nachprüfung hinzuwirken.

Als Ergänzung des Führers durch die Landgemeindeordnung ist vom Kreisvorstand ein Schriftchen herauszugeben und den Filialen zur Verfügung zu stellen, in welchem die besonders wichtigen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts abgedruckt sind.

Diskussion.

Genosse Schreiber-Münster schildert den Wahlspruch, der in seiner Gemeinde zuhause kam, aber zugunsten unserer Partei entschieden wurde.

Genosse Krämer-Unterliederbach geht auf die Ursachen ein, die in seiner Gemeinde mitwirkten, daß die Partei dem Ansturm der Gegner unterlag.

Genosse Sassebach-Unterliederbach unterstreicht die Ausführungen des Vorredners und beschäftigt sich besonders mit der Raubheit der Parteigenossen in Unterliederbach, die die gesamte Arbeit dem Ortsvorstand überließ. Das war vornehmlich der Grund der bedauerlichen Niederlage und das müßte sich die Genossen auch draußen im Lande als Warnung dienen lassen.

Genosse Stöhr-Al-Schwalbach bittet die Genossen, nicht zu breiten die örtlichen Wahlschmerzen zu behandeln. Nur zu oft komme es vor, daß Leute, die sonst mit unseren Ideen sympathisieren, unsere Genossen nicht wählen, weil irgend ein Vetter oder sonstiger Verwandter unter den Kandidaten der Gegner sich befindet. Auch können viele Arbeiter nicht verstehen, wenn unsere Genossen, die in der Gemeindevertretung sitzen, für Forderungen stimmen oder diese gar stellen, die in kultureller Beziehung außerordentlich notwendig sind, aber der Gemeinde ein Stück Geld kosten, was eine event. Steuererhöhung zur Folge haben kann. Nach seiner Ueberzeugung hätte sich aber auch der Parteisekretär besser um die Wahlen kümmern müssen. Die Arbeiten der „Roten Woche“ durften diese notwendige Tätigkeit nicht so stark beeinträchtigen.

Genosse Fortune-Höchst kritisiert, daß viele sozialdemokratische Vertreter ihre erzielten Erfolge auf kommunalpolitischen Gebiet öffentlich nicht ausnützen. Ein Mangel sei auch, daß einzelne Gemeindevorstände den theoretischen Ausbildungskursen so wenig Beachtung schenken, ja es nicht einmal für ihre Pflicht erachten, einer Wahlkreis-Konferenz beizuwohnen, die sich mit den Gemeindevorständen beschäftigt.

Kemmler-Höfheim führt aus, daß vornehmlich in Höfheim Aufklärung dringend notwendig ist. Es sei beschämend, zu sagen, daß nur 13 Stimmen am Siege fehlten.

Weber-Griesheim ist von den Ausführungen des Genossen Walter angenehm enttäuscht. Der Referent habe sich bemüht, die

Verhältnisse so zu schildern, wie sie in Wirklichkeit liegen. Der Terror, der von den Harbueren ausging, war unerhört und mußte mit gleicher Münze heimgezahlt werden. Die „Vollstimme“ hätte Griesheim besser unterstützen müssen.

Genosse Dikmann bittet, bei den Einzelausführungen sich vom Gesamtbild des letzten Wahlkampfes leiten zu lassen. Die Vorbereitungen der Gemeindevorstände geben das Gesichtsfeld für die kommenden Reichstagswahlen. Von Dorf zu Dorf muß gearbeitet werden, und am Tage der Wahl muß die Situation klar sein. Die Gemeindepolitik muß im Rahmen der sozialdemokratischen Grundsätze gehalten sein.

Genosse Wid-Oberursel stellt fest, daß am Wahltage leider einzelne Partei- und Gewerkschaftsgruppen zu Hause saßen und nicht wählten. Das ist der Erfolg der vorherigen Flaumacherei. Nicht zu vergessen sei, daß auch die ungünstige Wahlzeit, namentlich in den Lauborten, das Gesamtbild ungünstig beeinflusst hat. Auch der Personenfrage muß künftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nur zielbewusste Sozialdemokraten dürfen als Kandidaten für unsere Partei in Frage kommen.

Kilian-Sattersheim macht Ausführungen über die örtlichen Verhältnisse, unter besonderer Würdigung der Vetterleiwirtschaft, die in den Gemeindevorständen getrieben wird.

Koppus-Homburg kommt auf die mangelhafte Ausführung der Wählerlisten zu sprechen und wünscht, künftig hier Vorarbeit zu leisten.

Hofmann-Nied führt aus, daß die Taktik der Gemeindevorstände sich von einem Orte nicht auf den anderen übertragen lasse. Im übrigen stimmt er den Ausführungen des Genossen Appass zu.

Dippel-Homburg schildert die kommunalen Verhältnisse Homburgs. Seit den Wahlen haben die sozialdemokratischen Vertreter gerade den Arbeiterfragen große Beachtung geschenkt, wie die Gegner Arbeiterfragen behandeln, zeige sich an der Ablehnung des Gewerkegesetzes.

Genosse Hammer möchte nicht aufkommen lassen, daß die „Vollstimme“ an den einzelnen Niederlagen die Schuld mitzutragen oder die Mißerfolge zu schwarz gemalt habe. Tatsache sei, daß in sehr vielen Orten unsere eigenen Genossen die Niederlagen verschuldet haben. Da sei es Pflicht der Parteipresse, das scharf zu rügen. Hier schon zu rügen, habe kein Grund vorgelegen. Die schwierigen Verhältnisse der Griesheimer Genossen verkenne er nicht; aber die Freunde in Griesheim hätten die Redaktion besser auf dem Laufenden halten sollen. Hoffentlich lernen die Genossen aus den Vorkommnissen, damit künftig die scharfe Kritik unterbleiben kann.

Stelling-Hedderheim kann dem Genossen Walter nicht zustimmen, wenn er sagt, wir hätten eigentlich keine allgemeine Niederlage im Kreis zu verzeichnen. Die „Vollstimme“ hat nicht zu schwarz gemalt. Schäden müssen ausgemerzt werden. Er könne beinahe alles unterstreichen, was Genosse Wid so treffend ausgesprochen habe. Die Pflicht des Kreisvorstandes ist es, die Wahlen vorzubereiten; dann werden wir vor Enttäuschungen geschützt sein.

Schweig-Niedelheim will die Schuld für den Ausfall der Wahlen auf drei Schultern legen. Kreisvorstand, „Vollstimme“ und besonders die Genossen der einzelnen Orte selbst. Zu hoffen sei, daß künftig die Leiden gezogen werden.

Weber-Griesheim gibt zu, daß auch in Griesheim viele Gewerkschaftsgruppen, die in Frankfurt arbeiten, nicht zur Wahl gegangen sind. Das sei bedauerlich und dürfe nicht mehr vorkommen.

Im Schlußwort geht Genosse Walter kurz auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein, betont, daß sich aus der sachlichen Auseinandersetzung sehr viel lernen läßt. Fehler sollten nicht beschönigt, sondern aufgedeckt werden, damit sie künftig vermieden werden können.

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Für die Wahlprüfungskommission berichtet Genosse Heilmann-Oberursel. Vertreten sind 43 Orte durch 69 Delegierte. Ferner sind anwesend 6 Kreisvorstandsmitglieder, Genosse Dikmann vom Bezirksvorstand und Genosse Hammer für die Redaktion der „Vollstimme“.

Nieder

Unsere Aufgaben in der Zukunft

referiert Genosse Dikmann. Er kennzeichnet anfangs seiner Darlegungen die allgemeine politische Lage unter Hinweis auf die Resolution, die bei Beginn der Tagung einstimmig Zustimmung fand. Man liest sehr viel von Sammelungsplätzen. Ohne Zweifel sind die Gegner bestrebt, die Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was sie verschuldet haben. Ihre Bemühungen zielen darin, die Arbeiterorganisationen zurückzubringen. Man will einen Keil in die Reihen der organisierten Arbeiterkraft treiben, um die Aktionsfähigkeit zu hemmen. Scharfmacherpolitik, angefangen im Parlament bis zurück zur Massenjustiz! Wir sind jetzt glücklicherweise so weit, daß die Gewerkschaften politisch erklärt sind und das Recht der Streikposten durch Polizeiverordnungen aufgehoben ist. Wir haben zu rufen und fortgesetzt die Augen offen zu halten. Die Kleinarbeit, die Agitation von Mund zu Mund, von Freund zu Freund muß mehr in den Vordergrund der Tätigkeit gerückt werden. Redner geht nunmehr auf die von ihm im Einverständnis mit dem Kreisvorstand vorgelegte Resolution durch und zeigt an Beispielen, wie sehr eine planmäßige Aufklärung auch im Wahlkreise Höchst-Domburg dringend notwendig ist. Der Referent erhält für seine sachkundigen, klaren Ausführungen lebhaften Beifall.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Das wirtschaftliche und politische Kampffeld zeigt der Arbeiterklasse den Ernst der Situation. Entredung auf allen Gebieten, feste und steigende Scharfmacherei, ungeheuerliche Klassenurteile und andere Merkmale brücken der Gegenwart ihren Stempel auf. Pflicht der Genossen und Genossinnen ist es, alle Kräfte anzuspannen und zusammenzulassen, um den schweren Kämpfen in nächster Zukunft voll und ganz gerecht zu werden. Die Generalversammlung hält für dringend geboten:

1. In allen Parteifilialen sind regelmäßige, mindestens jeden Monat stattfindende Parteiverfassungen abzuhalten. Diese Versammlungen sind auf einen bestimmten Termin festzusetzen. Zehrerer ist dem Kreisvorstand mitzuteilen.
2. Merorits ist eine feste und enge Verbindung mit den Gewerkschaften, Arbeiter-Sport- und anderen Arbeiterorganisationen zu schaffen, um mit ihnen die gemeinsamen Aufgaben, wie die Jugend- und Frauenbewegung, die Bildungsvereinsanstaltungen usw., in wirksamer Weise zu fördern. In allen Orten ist

a) ernstlich zu prüfen, in welcher Form die Arbeiterjugendbewegung gefördert und dort, wo sie noch nicht vorhanden, ins Leben gerufen werden kann;

b) der Frauenbewegung ein weit größeres Augenmerk zu schenken, um dieselbe in planvoller Agitation auf die ihr gebührende Höhe zu bringen;

c) für die Bildungsarbeiten und Arrangements rechtzeitig ein Programm für das nächste Winterhalbjahr aufzustellen, entsprechend den Verhältnissen der einzelnen Orte. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, dem Kreisvorstand bis spätestens 1. September d. J. über das Ergebnis der örtlichen Beratungen zu Punkt a, b und c Mitteilung zu machen.

3. In jedem Ort ist eine leichtbauliche Ueberbrückung über die Zusammenfassung resp. soziale Gliederung der Bevölkerung notwendig. Diefelbe muß in erster Linie die Namen aller Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung enthalten, die für die Parteioorganisation und Presse zu gewinnen sind, desgleichen die Namen aller derer, die einer systematischen und dauernden Aufklärungsarbeit unterzogen werden müssen.

4. Die Funktionen aller Filialen sind gehalten, jeden Monat die Ab- und Zugänge der Mitglieder einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Zeigen sich im Laufe des Quartals Abgänge, so muß sofort eine intensive Agitation entfaltet werden, um die Verluste durch neue Mitglieder zu ersetzen.

Genosse Walter hofft, daß den Forderungen der Resolution, die zweifellos einstimmige Annahme findet, auch Rechnung getragen wird. Große Aufgaben sind noch zu erfüllen, und viel kann noch geleistet werden, wenn nunmehr auch der letzte Parteigenosse seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut. (Beifall.)

Hierauf wurde die Resolution ebenfalls einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wird die Konferenz, die in allen Teilen sehr sachlich verlief, um 3 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf den allgemeinen Völkerrfrieden geschlossen.

Kreis-Konferenz des Wahlkreises Offenbach-Dieburg

Am Sonntag vormittag tagte im Saalbau zu Jügesheim die diesjährige ordentliche Konferenz des Wahlkreises Offenbach-Dieburg. Vertreten waren 88 Orte mit 71 Delegierten. Nicht vertreten waren 8 Orte aus dem Kreise Offenbach und 15 Orte aus dem Kreise Dieburg.

Den Bericht der Kreisorganisation erstattete Kreissekretär Zink, vom Verlag Geschäftsführer C. Ulrich, von der Preßkommission deren Vorsitzender Ehnert, vom Kreisjugendausschuß Arnoul. Die Berichte konstatieren durchweg eine befriedigende Aufwärtsbewegung. Bei dem Bericht über das „Offenbacher Abendblatt“ wurde moniert, daß die Main-Redaktion ihr Wahlkreisorgan nicht so berücksichtigen, wie es verlangt werden könne. Bei der Roten Woche habe die „Frankfurter Volksstimme“ auch eine Anzahl Abonnenten auf Kosten der „Oberhessischen Volkszeitung“ gewonnen. (Was natürlich nicht zutrifft. Red. der V.) Dem Einwand gegenüber, daß die „Vollstimme“ billiger sei, wurde betont, das „Offenbacher Abendblatt“ könne den Ausfall, der durch eine etwaige Verbilligung des Abonnements eintreten würde, nicht verkraften. Dies sei auch nicht angebracht im Hinblick darauf, daß fortgesetzt vom Verlag Zuschüsse gefordert werden. Es wurde auch geklagt darüber, daß so viele Druckaufträge der Parteidruckerie nicht zugeführt würden. Ueber die Tendenz des Blattes lagen keine Wünsche und Äußerungen vor. Der Bericht vom Jugendausschuß wünscht regeres Interesse den Jugendorganisationen gegenüber. Im allgemeinen sei es auch hier überall, abgesehen von einigen Orten, vorwärts gegangen. Im Berichtsjahre hat man von Neugründungen abgesehen und am inneren Ausbau gearbeitet.

Hierauf wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die besagt, daß die österreichische Kriegspartei in fribolier Weise mit dem viel schwächeren Serbien einen Krieg provoziert und damit die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen habe. Die Wahlkreis-Konferenz befindet sich in Einklang mit dem Klassenbewußten Proletariat nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, wenn sie den allerhöchsten Protest gegen das Treiben der Kriegsheer aller Länder erhebt. Im Namen der Menschlichkeit und der Kultur fordere die Arbeiterklasse die Aufrechterhaltung des Friedens. Von der deutschen Reichsregierung wird erwartet, daß sie ihren Einfluß in diesem Sinne geltend macht. Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Ein Antrag, dem Kreisjugendausschuß 400 Mark (bisher 300 Mark) aus der Kreiskasse zu überweisen, wurde dem Kreisvorstand zur Verdisziplinierung überwiesen. Abgelehnt wurde ein Antrag, die Schnapsinferate im Parteiblatt zurückzuweisen. Ein Antrag Wülheim, der besagt, daß Kreisvorstandsmitglieder weder in gerader Linie vermandt oder verschwägert, noch im zweiten Grade der Seitenlinie miteinander vermandt sein dürfen, wurde abgelehnt. Bei der Wahl des Kreisvorstandes wurde der bisherige Kreisvorsitzende Fischer in Abwesenheit mit 50 gegen 34 Stimmen gewählt, die auf den Genossen Bruhns fielen. Die Wahl der übrigen sieben Mitglieder des Kreisvorstandes ergab: L. Rink-Ilberach, Wei-Selbtsstadt, Felgentreu und Aug, sowie Frau Raul, sämtlich in Offenbach, Anthes-Spremlingen und Welfenstädter-Ilberach. Der Kreissekretär hat 57 und Stimme im Kreisvorstand. Die Wahl der Preßkommission ergab die Wiederwahl von sechs bisherigen Mitgliedern. An Stelle des zurückgetretenen Genossen Koser-Niederraden wurde Genosse Frei-Niederraden gewählt.

Ueber die hessischen Landtagswahlen referierte Genosse Aug, der die Rechtlosigkeit der sozialdemokratischen hessischen Staatsangehörigen, die reaktionäre innere Politik, das Zweikammersystem, das laute langeschriebe Wahlrecht mit seiner Doppelstimme der 50jährigen Wähler, die Bevorzugung des Besitzes, die reaktionäre Schulpolitik, die Verfolgung der Arbeiterpartei, wie Radfahrer und Turner, die Verschneidung des Selbstverwaltungsrechts ufm. gebührend beleuchtete. Den Einwurf der Gegner und ihrer Kreise, daß die Sozialdemokraten im Landtage „unermüdlich sozialistische Stedenpferde tummeln“, könne man die Versicherung Dr. Osanns vom 18. März d. J. entgegenhalten, daß die Sozialdemokratie im hessischen Landtage Realpolitik übe, weshalb er ihr Worte der Anerkennung widmete. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Angenommen wurde ein Antrag des Kreisvorstandes, zur Landtagswahl Sammellisten auszugeben, deren Ertrag in die Kreiskasse zu fließen hat. Die Kosten für Reichs- und Landtagswahlen sind von den Orten aufzubringen, nötigenfalls leistet der Kreisvorstand Zuschüsse. Angenommen wurde auch ein Antrag an die Landeskonferenz, wonach bei Aufstellung von Landtagskandidaten der Landesvorstand zu hören ist. Ein Antrag Wülheim, der Neueregung des Landtagsmandats im 17. Wahlkreis fordert, entfiel auf eine lange Debatte. Schließlich wurde ein Antrag des Kreisvorstandes angenommen, der die Bildung einer Kommission vorsieht, bestehend aus dem Kreisvorstand, zwei Vertretern des Landesvorstandes und zwei von Wülheim. Diese Kommission hat die Frage zu erledigen und einer Konferenz des 17. Bezirkes zur endgültigen Entscheidung vorzulegen. Angenommen wurde ein Antrag, das Kreisfest nur alle zwei Jahre abzuhalten. Abgelehnt wurde die Einführung der Urwahl bei Aufstellung von Kandidaten zu den Reichs- und Landtagswahlen. Als nächster Konferenzort wurde Spremlingen bestimmt. Um 7 Uhr abends hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Höchst a. M., 26. Juli. (Arbeiterbildungsausschuß.) Als Abschluß der diesjährigen Ferienpausiergänge ist ein Kinderfest mit Reigen, Kinderchören usw. in Vorbereitung. Die Einkubierung und Leitung des Reigens wird Herr Tanzmeister Thomas-Unterliederbach übernehmen. Jeden Montag abend von 7 bis 8 Uhr, findet in der Restauration, Händel, Königssteinerstraße 65, Probe statt. Wir ersuchen die Eltern, ihre Anaben und Mädchen von 8 bis 14 Jahren nach dorten zu schicken. Bei günstiger Witterung ist Abmarsch aller Ferienausflugsnehmer der Orte Höchst, Unterliederbach, Offenbach am Mittwoh den 29. Juli, mittags 1 Uhr, vom „Gelben Mond“. Trinkschäler und Proviant sind mitzubringen. Alle Kinder müssen bis spätestens Dienstag gemeldet und mit Karten versehen sein, die in den bekannten Stellen erhältlich sind.

Oberursel, 27. Juli. (Mittung.) Wir machen nochmals auf den morgen Dienstag stattfindenden Ferienpausiergang aufmerksam und richten die dringende Bitte an die Arbeiterkern, ihre schulpflichtigen Kinder recht zahlreich auf den Turnplatz der „freien Turner“ zu schicken. Abmarsch punkt 1 Uhr mittags. Trinkschäler sind mitzubringen.

Wülheim, 26. Juli. (Aus der Partei.) In beinahe dreistündiger Debatte nahm die heutige Versammlung des Wahlver-

eins den Bericht von der Kreisversammlung in Friedberg entgegen. Es wurde unter anderem lebhaft bedauert, daß die Pflichtbeiträge an die Parteikasse in Berlin nicht abgeführt wurden, ja daß sogar noch ein Zuschuß von dort erbeten werden mußte. Wenn es in allen ähnlich gelagerten Kreisen so gegangen ist, dann findet der schlechte Abschluß der Parteikasse Erklärung. Daß der Markennachschuß im Kreise nicht im besten Verhältnis zur Mitgliederzahl steht, wird im allgemeinen auf die kleine Parteitätigkeit zurückgeführt. Selbst Wilhel hat die pflichtgemäße Anzahl Marken nicht verkauft. Das Versäumnis soll im Interesse eines besseren finanziellen Abschlusses nachgeholt und den anderen Filialen des Kreises ebenfalls zur Pflicht gemacht werden. Wenn Genosse Busold auf der Konferenz erklärte, es sei leicht, an seiner Tätigkeit Kritik zu üben, Verbesserungsvorschläge aber nicht gemacht worden, erklärte die heutige Versammlung, daß sie in der nächsten Zeit Schritte unternehmen will, daß das Parteileben und die Agitation wieder in andere Bahnen gelenkt wird. Lebhaft bedauert wurde, daß infolge der schlechten Verteilung der fälligen Beiträge eine Beitragserhöhung noch nicht durchgeführt werden konnte. In der Angelegenheit des Genossen Busold mit den Wilbeler Bürgerlichen wird gewünscht, daß Busold dieserhalb einmal in einer Parteiverammlung erscheint.

Höchst, 25. Juli. (Ein sonderbarer Heiliger) scheint einer der beiden Kerle zu sein, die beim Kirchweihfest hier verhaftet worden sind, weil sie in raffinierter Weise Geschäftsleute beim Einkauf und Geldwechseln zu überbügeln suchten. Nachdem der Verhaftete die verschiedensten Namen angegeben, die sich aber alle als falsch erwiesen haben, nannte er sich jetzt August Kochanek und will in Ottenbach geboren sein. Nun wird aber seit geraumer Zeit ein Mann dieses Namens wegen Mordversuchs von den Behörden gesucht, und es wird nun abgewartet sein, ob dieser Name jetzt der richtige ist. — (Verhaftung.) Ein hiesiger Einwohner, der zeitweise eine Speisewirtschaft auf dem Schloßplatz betrieb, ist unter der Beschuldigung, sich der Kuppelerei schuldig gemacht zu haben, vorgestern in Haft genommen worden. — (Das Restaurant „Zur Stadt Höchst“) an der Königsteinerstraße, das bisher von Herrn Hartmann betrieben wurde, wird heute nachmittag von dem Eigentümer, Herrn Jakob Christian, wieder eröffnet.

Nieder-Mosbach, 26. Juli. (Unschuldig.) Die Brandstiftungsaffäre, die den Ort seit Monaten in Aufregung hielt, hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Der seit April in Untersuchungshaft sitzende Arbeiter Wilhelm Schaubach wurde auf freien Fuß gesetzt, da sich seine Unschuld erwiesen hat. Ein Landwirt, der in der gleichen Angelegenheit verhaftet war, erhängte sich vor kurzem im Gefängnis.

Großkarben, 26. Juli. (Fischsterben.) Die fortgesetzte Verunreinigung der Ridda und Wetter durch giftige Abwässer aus den Städten Friedberg und Bad-Rauheim hat abermals ein großes Fischsterben verursacht, das sich auf weite Strecken in beiden Flüssen bemerkbar macht und den Fischern beträchtlichen Schaden zufügt. Der Schaden ist um so größer, als erst im Oktober 1913 tausende von Fischen durch die Flußvergiftungen getötet wurden. Besonnenen. Es war nach wenigen Minuten eine Leiche.

Bessenheim, 26. Juli. (Freiwillig in den Tod gegangen) ist in der Nacht vom Samstag auf Sonntag der Betonarbeiter Georg Reih, noch nicht 26 Jahre alt. Ueber die Beweggründe zu diesem Schritte verläutet bis jetzt nichts Bestimmtes, doch dürften Differenzen, die aus einem Liebesverhältnis resultierten, den Anlaß gegeben haben. Das tragische Ende des Verstorbenen erregt bei allen, die im persönlichen Verkehr mit ihm standen, tiefe Teilnahme. Seine laute Charakter und schönen Eigenschaften sicherten ihm allgemeine Achtung und Beliebtheit. Zur freien Arbeiterbewegung hatte er frühzeitig den Weg gefunden. Die Verordigung findet voraussichtlich am Dienstag nachmittag 6 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt. Die interessierten Vereine werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Bessenheim, 27. Juli. (Freie Turnerschaft und Polizeibehörde.) Wie wir an dieser Stelle berichteten, hatte obengenannter Verein für Samstag Abend auf seinem Grundstück anlässlich seines zehnjährigen Bestehens eine Feier in beschänktem Umfange abgeraumt. Um auch Nichtmitgliedern die Beteiligung an derselben zu ermöglichen, war bei der Polizeibehörde um Genehmigung des Ausdranks alkoholischer Getränke nachgesucht worden. In dem verspätet zugegangenen Bescheid an den Vereinsvorsitzenden teilte der Bürgermeister mit, daß er fraglichem Ersuchen nicht entsprechen könne, ohne Gründe hierfür anzugeben. Wenn dann anschließend an diesen Bescheid dem Verein anheim gegeben wird, sein Stiftungsfest in einer der vielen Wirtschaften abzuhalten, so läßt dies erraten, welche Motive bei dem ablehnenden Bescheid ausschlaggebend waren. Die Arbeiterturner waren dem Bürgermeister recht dankbar, wenn er ihnen eine Wirtschaft namhaft machen würde, wo man Entgegenkommen in bezug auf Ueberlassung zweckdienlicher Räume für den Turnbetrieb fände. In solchem Falle wäre auch die Inanspruchnahme jener Räumlichkeiten für festliche Zwecke selbstverständlich; aber den Wirten durch Festlichkeiten ohne Gegenleistung die Taschen zu füllen, liegt für den Arbeiterturnverein kein Anlaß vor. Die beiden bürgerlichen Turnvereine halten ihre festlichen Veranstaltungen ohne Beanstandung in ihren eigenen Lokalitäten ab. Warum wird dem Arbeiterturnverein dies erschwert? Wo bleibt da die Gleichberechtigung? Auch im vorliegenden Falle offenbart sich wieder das „Wohlfühlen“ der Polizei gegenüber den Arbeiterturnern, ein Beginnen, das ein Schlag ins Wasser sein, und die Anhänger der Arbeiterturnsache zu noch festem Zusammenhalt veranlassen wird. Dem Feste selbst konnte die polizeiliche Erschwerung nur teilweise Abbruch tun, denn die Vereinsmitglieder hatten sich trotz der ungünstigen Witterung sehr zahlreich eingefunden. Dieser Umstand verbürgt eine erwünschte Weiterentwicklung des Vereins, allen reaktionären Schikanen zum Trotz.

Bessenheim, 27. Juli. (Öffentliche Versammlung.) Eine solche ist für Mittwochabend in den Gärten „Zum Engel“, bei schlechter Witterung in den Saal „Zum weißen Löwen“, anberaumt. Reichstagsabgeordneter Genosse Gustav Koch-Hanau wird über die Tätigkeit des Reichstags in der verflochtenen Session referieren. In Anbetracht des allgemeinen Protestes unserer Partei gegen die Kriegshetze soll diese Versammlung gleichzeitig eine wirksame Kundgebung gegen den Kriegsgedanken und für die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten werden. Die Parteileitung ersucht um eine lebhafteste Propaganda für diese Versammlung, die zu einem Gradmesser des Interesses unserer Arbeiterkassen an den politischen Tagesereignissen werden muß.

Reiherbach, 28. Juli. (Verbrannt.) Beim Spielen mit Streichhölzern setzte hier ein dreijähriges Mädchen seine Kleider in Brand. Es wurde am ganzen Leibe derart schwer verbrannt, daß es nach kurzer Zeit verstarb.

Rauborn, 26. Juli. (Töblicher Unfall.) Im Steinbruch am Vogelsang wurde der Steinbrucharbeiter Karl Rich von einem Steinwagen, der sich von der Kette lögerissen hatte, überfahren und getötet.

Laurenburg, 26. Juli. (Arbeiterlos.) Auf der hiesigen Jedde geriet der 22jährige Arbeiter Albert Rink unter abstürzende Felsmassen. Er war nach wenigen Augenblicken eine Leiche.

Langb., 26. Juli. (Vom Schlachtfelde der Arbeit) Durch einen Sturz in den Schacht der Federwerke verlor ein 40jähriger Arbeiter, der erst wenige Tage im Dienst stand, sein Leben.

Weylar, 26. Juli. (Töblicher Unfall.) In einem hiesigen Steinbruch wurde gestern ein junger Mann aus Rauborn von einem beladenen Wagen überfahren und sofort getötet.

Nieder-Ingelheim, 23. Juli. (Ein gelungenes Badeidyll) wird hier viel belacht. Hatte sich da ein hiesiger Bauernsohn am Nachmittag, nachdem er bei glühender Sonne die Gasse einer am Rhein gelegenen Wiese abgemäht hatte, zu einem kühlen Bad im Strom entschlossen und den Plan an einer einsamen Stelle auch sofort ausgeführt. Vergnügt durchsteuerte er mit fröhlichen Armen die Fluten, um zuletzt an einer stromaufwärts gelegenen Insel Halt zu machen. Ein kühles schattiges Plätzchen lud ihn hier zur Ruhe ein, und bald lag unser Wurdich im tiefsten Schlummer. Mittlerweile war der Vater des jungen Mannes auf die Wiese gekommen. Er suchte lange vergeblich nach seinem Sohne. Als er endlich dessen Kleider am Stromufer entdeckte, aber keinerlei Spur sonst von ihm fand, auch auf alles Rufen keine Antwort erhielt, eilte er händeringend nach Hause und erzählte, daß der arme Bub im Rhein ertrunken sei. Im ganzen Hause und in der Nachbarschaft herrschte die tiefste Trauer. Unterdessen war der Schläfer auf der Rheininsel erwacht und schwamm nach der Wiese zurück. In bester Verzeiwung suchte er hier nach seinen Kleidern. Als er sie nicht fand, wartete er bis zum Eintritt der Dunkelheit und schließlich im Adamskostüm nach Hause. Hier gab es jetzt ein eigenartiges Wiedersehen, dem zuerst ein gegenseitiges Schelten, zuletzt aber allgemeine Heiterkeit folgte.

Aus Frankfurt a. M.

Eingestelltes Majestätsbeleidigungsverfahren.

Das gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten Wendel wegen einer beim Kaiserjubiläum am 14. Juni 1913 in Höchst a. M. gehaltenen Rede eingeleitete Majestätsbeleidigungsverfahren, ist jetzt von der Strafkammer in Wiesbaden mangels genügenden Beweises eingestellt worden.

Für den Landrat Dr. Klauer in Höchst bedeutet dieser Einstellungsbescheid eine empfindliche Niederlage. In seinem staatsretterischen Eifer hatte er auf Grund eines grotesken Berichtes des Polizeiwachmeisters Wolf Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden erstattet. Bei Prüfung des Materials fand aber diese, daß wenig zu machen sei, und lehnte die Erhebung der Klage ab. Als der Landrat davon erfuhr, erhob er Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft, und diese ordnete nunmehr die weitere Verfolgung der Sache an. Nach umfangreichen Ermittlungen und wiederholten Verhören des Beschuldigten hat nunmehr die Staatsanwaltschaft das Verfahren endgültig eingestellt, da das gesammelte Beweismaterial zu einer Verurteilung nicht ausreicht. Im Landratsamt zu Höchst wird darob große Trauer sein, denn der Herr Landrat Dr. Klauer kommt dabei um einen Erfolg und eine — Anerkennung.

Wie ein Zuchthäusler über „Arbeitswillige“ denkt.

Der 41jährige Schreiner Karl Düll hat rund ein Duzend Jahre Zuchthaus hinter sich, abgesehen von den Gefängnisstrafen. Fast immer erfolgte die Verurteilung wegen Sachverdrachts. Als er das letzte Mal vor Gericht stand, wurden ihm mit Rücksicht auf seine traurige Jugend einmal wieder mildernde Umstände zugestanden, so daß er mit zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis davon kam. Diese Strafe hatte er am 20. April d. J. verbüßt. Da er sehr gut zeichnen kann, gelang es ihm, eine Stelle als Zeichner in einem Baugeschäft zu bekommen. Er kaufte sich für das in der Strafanstalt verdiente Geld Kleidung und Zeugnisse und — flog am dritten Tage auf die Straße, weil man Kenntnis von seinen Vorstrafen erhalten hatte. Was wollte er nun machen? Schwere Arbeit kann er nicht leisten, denn er ist einmal in der Strafanstalt mit dem rechten Arm in eine Maschine geraten. Dafür bezieht er 15 Reichspennige Rente pro Tag. Es blieb ihm, wie er vor Gericht sagte, nur die Wahl zwischen Verhungern oder Stehlen. In der Strafanstalt würden immer gute Ratschläge gegeben für das Fortkommen nach der Verbüßung der Strafe; wenn man aber draußen sei, reiche kein Mensch die Hand, um zu helfen. Und so hatte er denn in der Zeit vom 16. bis 30. Mai wieder 11 Fahrräder gestohlen und einen Hund, der ihm angeblich nachgelaufen war, verkauft. Eine interessantere Figur, als dieser alte Zuchthäusler, war der wegen Heberelei mit ihm auf der Anklagebank sitzende 40jährige Küster Georg Bernhardt. Herr Bernhardt gehört zu der sehr ehrenwerten Gilde der gewerbmäßigen — Gott soll mich bewahren, den braven Mann durch das Wort Streichbrecher zu beleidigen! —, also sagen wir: der gewerbmäßigen Arbeitswilligen, d. h. er will arbeiten, wenn andere streifen. Sonst reißt er sich nicht um die Arbeit, wie seine Vorstrafen wegen aller möglichen Vergehen und Verbrechen, wie Diebstahl, Zuhälterei usw., beweisen. Auch in der nächsten Woche hat er sich wieder wegen Zuhälterei zu verantworten, und zwar soll er diesmal seiner Frau Gemahlin, die gestern auch wegen Heberelei mitangeklagt war, zurechnen haben. Zum letzten Mal hat sich Herr Bernhardt als nützliches Element, nämlich hoher polizeilicher Protektion, während der Aussperrung bei dem Württembergischen Franz hier erwiesen. Ob er selbst als Arbeitswilliger eingesperrt ist, wissen wir nicht; aber er hat täglich, mit Dolch und Bruder Browning bewaffnet, Arbeitswillige von und zu der Arbeitsstätte begleitet, auf daß ihnen die bösen Ausgesperrten nichts täten. Bernhardt leugnete, den Hund und ein Fahrrad gehabt zu haben. Düll belachte ihn aus dem Saal, weil er Bernhardt, ein Streichbrecher sei. Es war Sympathien für den alten Zuchthäuslermann Düll, daß auch hinter Bernhardt Mauern das richtige Gefühl für Dinge, die man nicht abhandeln gekommen ist. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Jahren Zuchthaus. Der „Arbeitswillige“ Bernhardt wurde zu neun Monaten und seine Frau zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Das indische Geseh. Schwer vom Unglück heimgejucht wurde ein Schreiner, der im Oberamt Heilbronn anfänglich war. Langwierige Krankheit seiner Frau, die schließlich in der Irrenanstalt aufgenommen werden mußte, hatte ihn so heruntergebracht, daß er auch selbst zeitweilig in der Irrenanstalt Aufenthalt zu nehmen gezwungen war. Während dessen wurde ihm sein Haus versteigert, und nun kam er vermögenslos nach Frankfurt, um sich hier Arbeit zu suchen. Er fand auch in den Abwärtwerken Beschäftigung und brachte es auf 26 bis 28 Mark Wochenlohn. Seine alte Mutter führte ihn den Haushalt, dem noch seine zwei Kinder angehörten, ein Schulkind und ein Beihülfe, für den der Vater zum Mindesten Kleidung und Wäsche bestreiten mußte. Kaum hatte der zuständige Landarmenverband in Erfahrung gebracht, daß der Schreiner in Frankfurt so schrecklich viel Geld verdiene, da erhielt der Mann die Aufforderung, monatlich zwölf Mark für den Unterhalt seiner geisteskranken Frau in der Irrenanstalt beizusteuern. Einmal kam der Schreiner dieser Aufforderung nach, dann nicht mehr. Deshalb erhielt er eine Anklage aus § 361 Absatz 10 des Strafgesetzbuches, wonach mit Haft oder Geldstrafe bis 150 Mark bestraft wird, wer, obwohl er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltspflicht trotz der zuständigen Behörde entzieht. Das Schöffengericht kam zur Freisprechung und zwar aus der recht vernünftigen Erwägung heraus, daß eine

Familie mit dem Einkommen des Schreiners bei den heutigen Preisverhältnissen in Frankfurt gerade ihre liebe Not habe, auszukommen, und daß der Schreiner nicht in der Lage sei, für den Aufenthalt seiner geisteskranken Frau in der Irrenanstalt Geld abzuladen. Gegen das Urteil legte der erste Amtsanwalt Berufung ein mit der hübschen Begründung, daß in Frankfurt zahlreich Arbeiter mit viel weniger Einkommen auskommen müßten. (Heider!) Das Dreimännerkollegium der Strafkammer war nun nicht der Meinung, daß der angeklagte Schreiner von den 28 Mark etwas übrig habe. Aber es wählte im Bürgerlichen Gesetzbuch herum und grub da eine Bestimmung aus, wonach der Unterhaltspflichtige nicht einseitig die einen Unterhaltsberechtigten, in diesem Falle die Kinder, unterhalten darf, während er für den Unterhalt einer andern unterhaltsberechtigten Person, in diesem Falle der Frau, nichts tut. Er muß vielmehr seine Einkünfte gleichmäßig verteilen, da der Ehegatte gleich einem minderjährigen Kinde gilt. Das heißt im vorliegenden Falle auf Deutsch: Der Schreiner muß seinen Kindern etwas am Munde absparen, um für seine geisteskranken Frau Geld in die württembergische Staatskasse zu bezahlen. „Schweres Herzgen“, wie der Vorsitzende sagte, kam das Gericht zur Verurteilung. Es hielt allerdings die geringste zulässige Strafe von einer Mark für ausreichend. Geseh bleibt eben Geseh, wenn auch Vernunft Unfug wird.

Der Wahn war kurz. Herr Schuhmann Rich vom zweiten Revier — ob der mit Vornamen Friedrich oder Otto ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen — hatte in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag das Glück, den langgeheulenen Spengler Blum, der vor einigen Tagen aus dem Breunghesheimer Gefängnis entwich, wieder zu erwischen. Nach offiziellen Nachrichten hatte sich Blum, als er das Gefängnis verlassen hatte, zunächst seiner Anstandsbeziehung entledigt und in der Wohnung seiner Geliebten einen schwarzen Anzug und grauen Hut angelegt. In diesem bürgerlichen Habit besuchte er in Gesellschaft von Freunden die alten Stammsäle. Das alles war der Kriminalpolizei wohl bekannt; sie hatte aber, wenn sie Blum fassen wollte, stets das Nachsehen, da der Pfiffikus stets eine Wirtschaft hinten verließ, wenn vorn die Polizei eintrat. Wie gesagt, Herr Schuhmann Rich hatte nun das Glück, den Blum ausnahmsweise am Friedberger Tor zu treffen und nahm den armen völlig verblüfften Menschen mit. (Uns mündet an dem Bericht, den wir dem Morgenblatt großen Ehre entnehmen, nur mal wieder eins, nämlich, daß diese Mitteilungen, die zweifellos aus polizeilichen Quellen stammen — woher wäre sonst der Name des Schuhmanns bekannt? — nur allein mal wieder den „Nachrichten“ ausflogen, während sie der übrigen Presse vorenthalten wurden.)

Am Auto überfahren. In der Westendstraße überfuhr ein Automobil die Arbeiterin Eva Diefenbach und verletzte sie in lebensgefährlicher Weise. Der Kraftwagen entkam unersammt.

Entgleisung. Bei der Einfahrt in die Halle entgleiste am Samstag nachmittag die Maschine des von Darmstadt kommenden D-Zuges 85. Es entstand eine längere Verkehrsstörung. Die auf den gesperrten Gleisen ein- und ausfahrenden Züge mußten umgelenkt werden.

Partei-Angelegenheiten

von Frankfurt a. M. und Umgegend.

Wahlkreis Höchst-Homburg-Usingen.

Parteigenossen!

Am Mittwoch finden in 10 Orten unseres Kreises Massenversammlungen statt und ersuchen wir sämtliche Funktionäre und tätigen Genossen, sich heute Abend in folgenden Lokalen zusammenzufinden:

Höchst: „Vogel Nest“;
Nied: „Waldlust“;
Griesheim: „Deutscher Kaiser“;
Niedelheim: „Mainzer Hof“;
Geddernheim: „Arbeiterheim“;
Oberursel: „Kaisereiche“;
Bad Homburg v. d. G.: „Neue Brücke“;
Soffenheim: „Gute Quelle“;
Schwanheim: „Laurus“;
Flörsheim: „Kaiserpaal“.

Fehle keiner!

Für den Kreisvorstand: A. Walter.

Gerichtssaal.

Frankfurter Strafkammer.

Das Telegramm an die Mutter. Ein junger Vater, der sich hier eine Stelle als Chauffeur suchen wollte, hatte den Mechaniker Julius Kurze kennen gelernt. Eines Tages ließ der Vater durchblicken, daß er Kauten zu stellen in der Lage sei, seine Mutter würde ihm dazu gleich ein paar hundert Mark schiden. Das war etwas für Kurze. Als der Vater gelegentlich einen Brief an seine Mutter schrieb, guckte ihm Kurze auf die Adresse, und nach einigen Tagen gab er folgendes Telegramm an die Mutter auf: „Schöne Stellung, 200 Mark sofort telegraphisch haupthauptlagernd.“ Das Geld zu dem Telegramm hatte er sich von dem Vater geliehen. Die Mutter machte aber einen Wertbrief zurecht und telegraphierte ihrem Sohne an seine Adresse, daß sie den Brief abgeschickt habe. Dadurch kam der Schwindel des Kurze an den Tag. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Wohin mit dem Kinderwagen? Am 20. Mai wurde der Arbeiter Friedrich Rehm angetroffen, wie er einen Kinderwagen vor sich herjoch. Der Wagen war gestohlen, aber Rehm behauptete, er habe ihn nur „geliehen“, um ihn vorübergehend zu benutzen. Er habe ein paar Tage bei einem Mineralwasserhändler in Wilbel geschäft und irgendwo einen leeren Kasten stehen gelassen, den wolle er auf dem Wagen nach Wilbel fahren. In dieser Ausrede hielt der alte Anwalt zu größten Heiterkeit auch an der Strafkammer fest, wo sich herausstellte, daß er auch 1.80 Mark für Mineralwasser unterschlagen hatte. Das Gericht erkannte auf sechs Monate und eine Woche Gefängnis.

In der Mansarde. Zweimal, am 13. und 15. Juni, ist der 22jährige Tagelöhner Friedrich Hoffmann in einer Mansarde gewesen, um sie auszulüften. Zu seinem Glück konnte ihm nicht nachgewiesen werden, daß die Mansarde verschlossen gewesen war. Auch das Zimmer bei einem italienischen Wirte, in das er am 19. Juni hineinspaziert war, um Kleidung und Wäsche zu stehlen, hatte offen gestanden. Er wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat wird auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Falsche Zeugnisse. Die 21jährige Louise Gehl hatte einen Schach namens Hirtl. Das war ein rechter Bösewicht, denn er schrieb der Louise zwei Zeugnisse, in denen ihr bescheinigt wurde, daß sie fleißig gewesen sei und immer Treu und Redlichkeit geübt habe, und daß man ihr viel Glück für ferneres Fortkommen wünsche. Auf Grund dieser Zeugnisse mußte sich das Mädchen an einem Tage zweimal verdingen und sich Dinggeld (drei Mark) geben lassen. Darnach haben die Herrschaften nichts mehr von ihm. Anderwärts hat das Paar den gleichen Streich verübt. Die Strafkammer verurteilte das Mädchen zu drei Monaten Gefängnis. Der Hirtl aber hat sich aus dem Staube gemacht.

Frankfurter Kaufmannsgericht.

Sitzung vom 24. Juli. Vorsitzender: Assessor Tied. Schilane oder Nachlässigkeit? Die Kontoristin Zeit liegt gegen die chemische Fabrik „Electron“ in Griesheim auf Ausstellung eines einwandfreien Zeugnisses. Sie war 2 Jahre bei der „Electron“. Beim Austritt erhielt sie ein Zeugnis mit dem Vermerk, daß man in den letzten sechs Monaten mit ihren Leistungen nicht

aufrieden gewesen sei. Die Klägerin behauptet, unter der schließlichen Behandlung des Bureauvorstehers Reiper habe ihre Arbeit möglicherweise gelitten. Sobald sie sich nur einen Moment von ihrem Platz entfernt hätte, wäre durch Reiper eine Benachteiligung ins Bureau des Direktors geschickt worden. Sie habe schließlich nicht einmal mehr den Mut gehabt, die Toilette aufzusuchen. Die Beklagte wendet dagegen ein, daß keinerlei Schikane vorliege. Die Arbeiten der Klägerin seien früher sehr mangelhaft gewesen, auch habe sie täglich 15—20 Minuten Privatgespräche am Telefon geführt. Das Gericht beschließt, Reiper darüber zu vernehmen, ob eine schikaneartige Behandlung der Klägerin stattgefunden habe.

Kaufmännische oder gewerbliche Angestellte? Die Kontoristin Kreis klagt gegen den Photographen Rippold auf Entschädigung wegen Nichterhaltung der gewerblichen Kündigung. Sie sei beim Beklagten mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt gewesen. Am 15. Juli sei ihr zum 30. Juli gekündigt worden. Als kaufmännische Angestellte habe sie, da nichts anderes vereinbart, auf dreimonatliche Kündigung Anspruch. Der Beklagte bestreitet die Kaufmännigkeit des Kaufmannsgerichts. Er stellt nicht in Abrede, die Klägerin mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt zu haben. Da sein Betrieb jedoch ein gewerblicher sei, so habe auch die Klägerin nur als gewerbliche Angestellte zu gelten. Das Gericht ist der Ansicht, daß selbst dann, wenn die Klägerin vorwiegend kaufmännische Arbeit verrichtet habe, sie doch nicht als kaufmännische Angestellte zu betrachten sei, weil der Betrieb des Beklagten sich als rein gewerblicher kennzeichne. Es erklärt sich daher für nicht zuständig. Damit fallen die Ansprüche der Klägerin von selbst, da für gewerbliche Betriebe 14tägige Kündigung zulässig ist.

Wegen rückständiger Provision klagt der Reisende Keller gegen das Frankfurter Tapetenmagazin Reichmann. Keller beansprucht 477 Mark, wovon einige kleinere Beträge vom Beklagten anerkannt werden. Verschiedene Aufträge seien jedoch teils fingiert, teils nicht geliefert worden. Dann habe der Kläger in zwei Fällen den Kunden unberechtigtweise zu geringen Preisen angekauft. Auch sei die Höhe der Provision nicht mit 3 Prozent vereinbart. Von einem Angestellten des Beklagten werden alle diese Einwendungen nachdrücklich bestritten. Das nicht aber nicht viel. Es ergeht Urteil über eine Anzahl von freitragenden Punkten. Danach erhält der Kläger nach Abweisung einiger Forderungen vom dem Beklagten vorerst 142,65 Mark. Ueber eine Anzahl noch nicht entschiedener Punkte soll Beweis erhoben werden.

Unberechtigter Abzug von Vorküffen. Der Handlungsgehilfe Sonnabend ist bei der Abzahlungsfirma Fuchs hier selbst gegen ein Monatsgehalt von 250 Mark tätig. Bei seinem Umzug von Berlin nach hier waren im 500 Mark Umzugskosten versprochen worden, die er auch nach und nach erhielt. Die letzte Rate wurde ihm am 6. Juli gezahlt. Der Kläger hatte sich mündlich verpflichtet, davon einen Teil zurückzugeben, doch bestanden über die Höhe dieses Teils keine bestimmten Abmachungen. Kläger erhält sein Gehalt alle zwei Wochen. Am 15. Juli wurden ihm von seinem Salär 70 Mark eingekalkuliert mit der Begründung, die Umzugskosten seien nur als Vorschuß gewährt, dieselben würden am Gehalt abgezogen. Der Kläger bestreitet, daß es sich um Vorküffen handelt. Das Gericht kommt zur Verurteilung der Beklagten. Selbst wenn nach dem Uebereinkommen zwischen der Partei die Abzüge an sich berechtigt seien, so könne man doch annehmen, daß diese nicht unmittelbar an der Zahlung oder gar noch während derselben zurückgezahlt werden sollten. Der Kläger erhält daher seine 70 Mark zurück.

Der Streit um die Fikale. Der Handlungsgehilfe Frei klagt den Kaufmann Friemelt auf Zahlung von 370 Mark Kündigungsschädigung. Zwischen ihm und dem Beklagten sei ein Anstellungsvertrag zustande gekommen, wonach ihm bei dreimonatiger Kündigung gegen 125 Mark Gehalt und Provision eine Fikale übertragen worden sei. Er habe seine Stellung aufgegeben, die erforderliche Kautions besichtigt, dann aber vom Beklagten nichts mehr gehört. Auf seine schriftliche Anfrage habe ihn der Beklagte, der sich auf Reisen befand, dann vertrieben, er möge sich noch einige Tage gedulden. Mündlich habe Friemelt ihn später aufgefordert, erst die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Das habe er getan, aber erst drei Wochen nachher vom Beklagten eine schriftliche Abjage erhalten. Der Beklagte bestreitet, daß ein Vertrag zustande gekommen sei. Ohne vorherige Hinterlegung des Deposites für die Kautions stelle er niemanden ein, und das habe er auch dem Kläger mitgeteilt. Wohl habe er ihm Aussicht gegeben auf eventuelle Anstellung, es seien ihm aber nachher Tatsachen bekannt geworden, die ihn stuhig machten. Deshalb habe er mit dem Kläger keinen Vertrag getätigt. Nach längerer Beratung kommt das Gericht zur Abweisung der Klage. Selbst wenn man die Behauptungen des Klägers als wahr unterstelle, so sei doch das Vorhandensein eines Anstellungsvertrages nicht erwiesen. Es bleibt immer noch die Möglichkeit, daß die Parteien über das Stadium der Vorverhandlungen nicht hinausgekommen sind. Andererseits ist das Gericht der Ueberzeugung, daß kein ordentlicher Kaufmann einen derartigen Vertrag eingeht, bevor die Unterlagen für das Vorhandensein einer Kautions beigebracht sind. Diese Unterlagen sind nach den übereinstimmenden Aussagen der Parteien nicht rechtzeitig beigebracht. Sogar kommt die unwidersprochene Behauptung des Beklagten, daß mit seinen sämtlichen 10 Filialleitern schriftliche Verträge abgeschlossen sind. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kläger im vorliegenden Falle von dieser Regel abgewichen ist. Danach erscheint der Beweis für das Vorhandensein eines Anstellungsvertrages nicht geführt, das Gericht ist im Gegenteil der Ansicht, daß ein solcher Vertrag nicht vorliegt.

Briefkasten der Redaktion.

5. bei 5. Die Auszahlung soll möglichst rasch erfolgen. Res. kamieren Sie doch einmal.
H. D. in G. Ihre Frage ist so gehalten, daß sie im Briefkasten keine Beantwortung finden kann. Wenden Sie sich persönlich an das Arbeitersekretariat.
B. in Oberbach. Sie können die Lösung betwillingen.
S. G., Oberbach. 1. Wenden Sie sich an die dortige Polizei-Direktion. 2. Kleine körperliche Fehler.

Neues aus aller Welt.

Und wieder Soldatenschildereien.

Kürzlich wurde der Unteroffizier F i r s t von der 2. Kompagnie des Stargarder Grenadierregiments Nr. 9 zu ein paar Tagen Mittelarrest verurteilt, weil er einen Soldaten derart mit der Faust gegen den Kopf geschlagen hatte, daß er zu Boden stürzte, nahezu einen vollen Tag ohne rechtes Bewußtsein blieb und dann über zwei Wochen im Lazarett zubringen mußte. Obwohl der Unteroffizier seine Korporalschaft gehörig hochzunehmen pflegt, wurde die Mißhandlung vom Stettiner Kriegsgericht als „ein minder schwerer Fall“ angesehen.

Am Donnerstag verhandelte das gleiche Gericht gegen fünf Unteroffiziere. Es waren die Sergeanten M a s k e und B r i n k e und die Unteroffiziere Valentini, Arndt und Biebarth von der 12. Kompagnie des Grenadierregiments Nr. 2 in Stettin schwerer Mißhandlungen ihrer Untergebenen, teilweise unter Mißbrauch der Dienstwaffe, angeklagt. Ein ganz gefährlicher Soldatenerzieher ist der Sergeant M a s k e. Die Anklage legte ihm nicht weniger als 224 Mißhandlungsfälle zur Last. Er hat die Soldaten geohrfeigt, sie mit dem Säbel geschlagen, mit dem Gewehrkolben geschlagen, in einem Falle sogar einem Soldaten, der am Boden lag, mit dem Fuß in das Genick getreten und andere Schenkschläge mehr begangen. Das Gericht stellte nicht weniger als 140 M i s s h a n d l u n g e n als durch die Beweisaufnahme erwiesen fest. M a s k e hat auch seine Untergebenen angehalten, die Befehle eines Offiziers falsch auszuführen. Da die Be-

weise hierfür nicht ganz lückenlos waren, ließ der Anklagevertreter die Anklage in diesem Punkte fallen. M a s k e wurde schließlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Kollege, der Sergeant Brinke, gab ihm nicht viel nach. Die von der Anklage angegebenen 138 Fälle von Mißhandlungen wurden durch die sehr peinlich genaue Beweisaufnahme schließlich auf 61 reduziert. Er ergoß die Soldaten an acht Ohrfeigen, Faustschlägen ins Gesicht, mit der Schießschnur, die er den Soldaten in die Ohren schlug und dergleichen Dinge mehr. Für den Soldatenschilder waren das alles nur „kleine Misse“ und das andauernde Schmel- und Gewehrstrecken bis zur Bewußtlosigkeit nannte er „Stärkung der Arme“. Da Urteil gegen Brinke lautete auf sechs Wochen Mittelarrest. Die übrigen Angeklagten waren in der Zahl ihrer Schildereien etwas genügsamer. Valentini wurde in 6 Fällen der Mißhandlung und in 2 Fällen des Waffenmißbrauchs überführt. Er hatte u. a. bei Zielübungen einige Leuten mit der flachen Säbelschneide geschlagen. Gegen ihn erkannte das Gericht auf vier Wochen Mittelarrest. Bei Arndt wurden 3 Fälle der Mißhandlung als erwiesen angesehen, die er sich beim Turnen der Soldaten hatte ausfinden lassen. Er wurde mit zwei Wochen Mittelarrest bestraft. Biebarth hatte mehrfach Ohrfeigen ausgeteilt und die Leute vor die Brust gestossen. Gegen ihn lautete das Urteil auf 16 Tage Mittelarrest.

Großfeuer in einer Oelfabrik. In Port Dundan (England) brannten drei Oel- und Seifenfabriken nieder. Das brennende Oel ergoß sich in die Straßen der Stadt und versperrte so den Zugang zu dem Brandherd. Die Rettungsarbeiten wurden dadurch außerordentlich erschwert. Der Schaden wird auf mehrere Millionen beziffert.

Verminnte Fischerboote. Der Hochsee-Segeelfischerkutter „H. S. 232“, der am 19. Dezember vorigen Jahres von Cuxhaven zum Fang nach der Ostsee ausgelaufen war und nirgends mehr gesehen wurde, ist als vertrieben erklärt worden. — Die Hamburger Bark „Bonny“, die unter der Führung des Kapitäns Rasch mit einer Ladung Fackelbäume und Bitchpineplanen am 29. Dezember vorigen Jahres eine Reise nach New-Orleans antat, ist dort nicht angekommen. Man hat bisher von der Bark keine Spur finden können. — Mit dem Verlust dieser beiden Schiffe dürften wiederum deutsche Seeleute ihren Tod im Meere gefunden haben.

Telegramme.

Französische Friedensdemonstrationen.

Paris, 27. Juli. Genosse Jaurès schreibt in der „Humanité“: Wenn Deutschland von Österreich-Ungarn vorher nicht um Rat gefragt worden ist, dann hat es zweifellos das Recht, der österreichisch-ungarischen Regierung, von der es in einen Konflikt hineingezogen werden kann, Ratschläge zur Mäßigung und Vorsicht zu erteilen. Falls die österreichisch-ungarische Monarchie von Serbien nur Bürgschaften will, dann bleibt eine Verständigung möglich. Für den Krieg fehlt jede Entschuldigung und jeder Vorwand. — Die nationalistische „Autorité“ schreibt: Heute nacht zog an unserer Redaktion eine Anzahl Manifestanten vorbei, die schrien: „Nach Berlin!“. Wir erklären diesen unbekannten Freunden ganz ungewissen, daß sie viel besser daran täten, sich still zu verhalten. Denn wenn die ernstesten Handlungen vorbereitet werden, dann geziemt sich Ruhe und Sammlung. — Die revolutionäre „Bataille Syndicaliste“ fordert ihre Anhänger auf, sich heute abend auf den großen Boulevards zu versammeln und die herausfordernden Kundgebungen der Chauvisten durch Rufe: „Nieder mit dem Krieg!“ zum Schweigen zu bringen.

Konstantinopel, 27. Juli. Der Urheber des Anschlages auf den Abheide ist ein Jüngling der Seehandelschule, der Sohn Mehmed Nazhar Paschas. Er heißt Mahmud Waffas und ist kaum 20 Jahre alt. Er schoß aus zwei Revolvern. Nach einer anderen Version sollen zwei Personen geschossen haben, von denen der zweite entkommen ist. Der Fliegeldjulant, ein türkischer Offizier, verfeuerte den Urheber des Anschlages mehrere Säbelschläge über den Kopf. Mahmud Waffas starb bald darauf. Der Abheide, der in einem Wagen fuhr, befindet sich außer Gefahr.

Die Donaubrüde gesprengt?

Wien, 27. Juli. Die „Sonn- und Montag-Zeitung“ meldet: Die Serben haben die Donaubrüde zwischen Belgrad und Semlin in die Luft gesprengt. Solange nur die „Sonn- und Montag-Zeitung“ das meldet, darf man ein Fragezeichen dahinter setzen. (Red.)

Rückkehr Wilhelm II.

Kiel, 27. Juli. Der Kaiser ist um 9 Uhr vormittags nach Berlin abgereist.

Die erste „Schlacht“ der Usterleute.

Dublin, 27. Juli. Die Ausschreitungen nahmen erst den ersten Charakter an, als Militär und Polizei von ihrem Streifzug gegen die Volunteers mit geschmuggelten Gewehren in die Stadt zurückkehrten. Als die Nachricht von diesem Streifzug bekannt wurde, begannen die Straßen sich mit einer aufgeregten Menge zu füllen. Das Militär wurde bei seinem Einmarsch mit wildem Geschrei empfangen und junge Menschen schleuderten Steine auf die Soldaten. Auf der Metal-Bridge wurden die Kundgebungen so ernst, daß der kommandierende Offizier einer Abteilung auf die Menge feuern ließ, wobei vier Personen getötet und etwa 30 verwundet wurden. Mehrere der Verwundeten trugen schwere Wundverletzungen davon. Die Menge ließ später ihren Mut an allen nicht im Dienst befindlichen, allein gehenden Soldaten aus, von denen viele mißhandelt wurden. Spät nachts versuchte die Menge eine Kundgebung vor der Kaserne des am Streifzug beteiligten Regiments. Man hämmerte gegen die Türen und feuerte Revolvergeschosse ab. Der Mob zerstreute sich nach einer halben Stunde.

Dublin, 27. Juli. Als bei dem Zusammenstoß mit den Volunteers den Polizisten der Befehl zum Einschreiten und Vorgehen gegen die Volunteers gegeben wurde, berwiegen fünf Polizisten den Gehorsam. Sie wurden darauf vom Dienst suspendiert. Die Volunteers verteidigten sich mit Revolvergeschüssen und verwundeten eine Anzahl Soldaten mit dem Kolben der geschmuggelten Gewehre.

Wasserstands-Nachrichten vom	27. Juli	26. Juli
Rein: Mainz	2,44 Meter	2,30 Meter
„ „ „ „ „ „ „ „	—	2,97
„ „ „ „ „ „ „ „	1,63	1,43
„ „ „ „ „ „ „ „	1,78	1,59
„ „ „ „ „ „ „ „	2,10	1,16
„ „ „ „ „ „ „ „	1,91	1,94



Socken und Strümpfe

müssen gut und preiswert sein.



Solche erhalten Sie in grösster Auswahl bei

J. Dott, Wellritzstrasse 53.

D. Behrens & Co.

Chemische Reinigungs-Anstalt und Färberei.

Spezialität: Gardinenspanner.

Wiesbaden, Rheinstrasse 101. Telefon 4786.

Mainz, Gärtnergasse 5. W0888

Garderoben werden auch nur ausgebügelt und auf Wunsch repariert.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Fremden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01878

Allgemeine Ortskrankenkasse

Biebrich a. Rh.

Hauptkassierer

ge sucht zum 1. Oktober 1914. Eintritt bereits zum 15. September cr. erwünscht. Anfangsgehalt 1800 Mark, steigend bis 2700 Mark in 15 Jahren. Kautions 1000 Mark. Probefristzeit 6 Monate. Andertwärts geleistete Dienstjahre können nach Uebereinkunft angerechnet werden. Bewerber, nicht unter 23 Jahren, mit der Sozialgesetzgebung und dem Kassentwesen vertraut, wollen ihre Gesuche mit selbstgeschriebenen und selbstverfaßtem Lebenslauf, Schulabgangszeugnis, Zeugnissen und Bescheinigungen über etwa erworbene Berechtigungen, über Leistung und Führung in früheren Dienststellungen, ärztlichem Gutachten über Gesundheitszustand und Militärdokumenten bis zum 15. August 1914 einreichen an den Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Biebrich a. Rhein

Soeben ist erschienen!

Luxemburg-Prozess und Soldatenmißhandlungen

Rede des Genossen Dr. Paul Levi, gehalten am 13. Juli 1914 im Saale des Kaufm. Vereins zu Frankfurt a. M.

Der Redner — Verteidiger unserer Genossin Luxemburg im Frankfurter und Berliner Prozess — hat wirkungsvoll das überaus reiche Material über Soldatenmißhandlungen verwertet, stellt den Bestrafungen der Mannschaften die der Offiziere und Unteroffiziere gegenüber, sodass eine Broschüre entstanden ist, deren Lektüre einen nachhaltigen Eindruck hinterläßt. Sie kann zum Massenvertrieb nur empfohlen werden.

Preis 10 Pfg. Nach auswärts erfolgt gegen Einsendung von 13 Pfg. Franko-Zusendung. Alle Parteikolporteurs und Zeitungsboten liefern die Broschüre.

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt a. M., Gr. Hirschgraben 17.

Abhandlungen und Vorträge

zur sozialistischen Bildung

Herausgegeben von Max Grünwald

Erschienen sind bisher:

- 1: Max Grünwald, Zur Einführung in Marx' „Kapital“. Preis 40 Pfg.
- 2: August Thal, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik. Preis 40 Pfg.
- 3: Max Grünwald, Goethe und die Arbeiter. Preis 40 Pfg.
- 4 und 5: Wilhelm Schroeder, Die Geschichte der sozialdemokrat. Parteiorganisationen in Deutschland 1803-1912. Preis 75 Pfg.
- 6: Konrad Gaeckel, Schiller und die Arbeiter. Preis 40 Pfg.
- 7: J. Karsel, Tenierung, Warenpreise und Goldproduktion. Preis 50 Pfg.
- 8: Paul Odhre, Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Preis 50 Pfg.
- 9: Adolf Cohen, Die Technik des Gewerkschaftswesens. Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volksstimme

Frankfurt am Main. Großer Hirschgraben 17.